

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 11
Januar 1994

Eine **ZUMA**
Publikation

Steigende Zufriedenheit in Ostdeutschland, sinkende Zufriedenheit in Westdeutschland

- Indikatoren zur „subjektiven Lage der Nation“ -

Das zunehmend rauhere soziale Klima, das die Stimmung in Deutschland seit einiger Zeit beherrscht, ist auch, aber wohl nicht nur auf die unerwartet großen objektiven Schwierigkeiten zurückzuführen, die der Transformationsprozeß in Ostdeutschland und die erstrebte Angleichung der Lebensverhältnisse an das in den alten Bundesländern erreichte Niveau mit sich bringt. Beschäftigungseinbrüche, Leistungskürzungen, teilweise sinkende Realeinkommen und verschärfte Verteilungskonflikte blieben nicht ohne Folgen. Offenbar spielen aber auch Momente, wie gegenseitige Ressentiments und die berechtigten oder unberechtigten Befürchtungen verschiedener Bevölkerungsgruppen deklassiert, oder marginalisiert zu werden, Besitzstände zu verlieren, vom versprochenen Wohlstand ausgeschlossen zu bleiben oder auf erwartete und gewohnte Wohlfahrtssteigerungen verzichten zu müssen, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Im vorliegenden Beitrag wird mithilfe von subjektiven sozialen Indikatoren untersucht, wie die Bundesbürger in Ost und West ihre persönlichen Lebensverhältnisse und die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung wahrnehmen und bewerten und damit zugleich versucht, eine Zwischenbilanz des bisherigen Prozesses der „inneren Einigung“ drei Jahre nach der förmlichen Wiedervereinigung zu ziehen. Wie zufrieden oder unzufrieden die Menschen in den alten und neuen Bundesländern sind, welche Prioritäten sie setzen, welche Sorgen, Erwartungen und Ansprüche sie haben, und wie sie der Zukunft entgegensehen, sind einige Fragen, um die es im folgenden geht.

Inhalt

Steigende Zufriedenheit in Ostdeutschland, sinkende Zufriedenheit in Westdeutschland	1
Wohlfahrtsurvey 1993	2
Anteil der Singlehaushalte in den alten Bundesländern deutlich höher als in den neuen Bundesländern	7
Wohnqualität in Ostdeutschland noch weit unter dem westdeutschen Niveau	13
Jahrestagung der Sektion Sozialindikatoren 1993	19
Buchbesprechung: Where We Stand	19

Aufschlußreich ist zunächst, wie die Bürger die Veränderungen ihrer persönlichen Lebensumstände nach der Wiedervereinigung summarisch beurteilen. Danach befragt, ob sich ihre Lebensbedingungen im Vergleich zu 1990 - dem Jahr der deutschen Einheit - verbessert oder verschlechtert hätten, gibt jeder zweite Bürger der neuen Bundesländer Verbesserungen an, ein knappes Viertel der ostdeutschen Bevölkerung glaubt, sich verschlechtert zu haben, ein gutes Viertel vermag keine großen Unterschiede festzustellen (Graphik 1). Obwohl die faktischen Veränderungen vielfach hinter den hochgesteckten Erwartungen und voreiligen Versprechungen zurückgeblieben

sind, fällt das Urteil der ostdeutschen Bevölkerung überwiegend positiv aus, wenn die Verhältnisse zu Beginn des Vereinigungsprozesses als Vergleichsmaßstab herangezogen werden. Ganz anders ist das Bild im Westen der Republik. Hier - wo stetige Wohlfahrtssteigerungen bisher die Regel waren - glaubt nur jeder zehnte Bundesbürger, daß sich seine persönlichen Lebensbedingungen in den vergangenen drei Jahren weiter verbessert hätten, aber 60 Prozent beobachten eine Stagnation und nahezu jeder dritte wertet die Entwicklung seiner Lebensverhältnisse als Verschlechterung. Diese in Ost und West gegensätzlichen Beurteilungen der

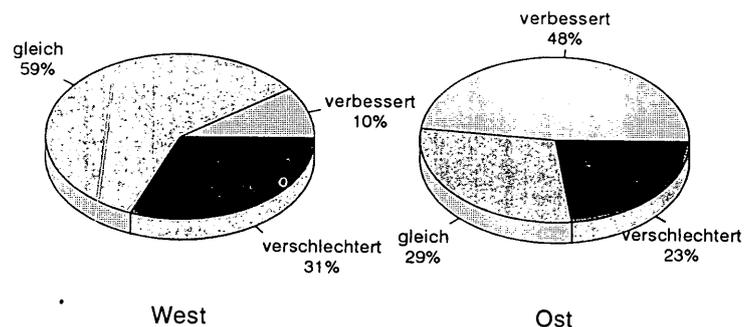
Wohlfahrtssurvey 1993

Die vorliegende Ausgabe des Informationsdienstes Soziale Indikatoren berichtet in drei Beiträgen über Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1993. Der bisher sechste Wohlfahrtssurvey wurde im Frühjahr 1993 im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Gemeinschaftsprojekts der ZUMA-Abteilung Soziale Indikatoren und der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung durchgeführt. Das Projekt „Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland“ wurde von Wolfgang Zapf, Heinz-Herbert Noll und Roland Habich beantragt. Der Wohlfahrtssurvey ist eine speziell für die Wohlfahrtsmessung und Analyse der Lebensqualität - in ihren objektiven und subjektiven Komponenten - konzipierte Repräsentativbefragung und gehört zusammen mit der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften und dem Sozioökonomischen Panel zu den wichtigsten Instrumenten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung in Deutschland.

Der Wohlfahrtssurvey 1993, der erstmals alte und neue Bundesländer gleichzeitig umfaßt, hat einen Stichprobenumfang von 3062 Befragten, davon 2046 in Westdeutschland und 1016 in Ostdeutschland. Um Ost-West-Vergleiche zu erleichtern, wurde die Stichprobe bewußt disproportional angelegt. Die Befragung wurde von Infratest Sozialforschung und Infratest Burke Berlin durchgeführt. Wohlfahrtssurveys waren zuvor bereits in den Jahren 1978, 1980, 1984 und 1988 durchgeführt worden. Im Rahmen einer Baseline-Studie wurde 1990 - unmittelbar nach der staatlichen Vereinigung - zudem ein auf die neuen Bundesländer beschränkter Wohlfahrtssurvey erhoben. Die Wohlfahrtssurveys bieten damit eine Datenbasis, die detaillierte Analysen der Wohlfahrtsentwicklung, der Wohlfahrtsdisparitäten sowie der Prozesse der Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland erlauben. *hhn*

Graphik 1

Veränderung der Lebensbedingungen 1993 im Vergleich zu 1990



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

Entwicklung werfen ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtige Stimmungslage, auch wenn man dabei die unterschiedlichen Ausgangsniveaus berücksichtigen muß.

Versucht man anhand der subjektiven Wahrnehmung einer Verbesserung oder Verschlechterung der Lebensbedingungen „Gewinner“ und „Verlierer“ des sozialen Wandels und der deutschen Vereinigung zu identifizieren und zu charakterisieren, so sind im Westen und im Osten durchaus Parallelen festzustellen. Abgesehen davon, daß z.T. auch individuelle Lebensereignisse, wie z.B. eine Scheidung, die Bilanz negativ prägen, werden hier wie dort Verschlechterungen in erster Linie von gesellschaftlichen Gruppen genannt, die jetzt, aber in der Regel auch früher schon, nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen oder standen: Personen, die aus dem Erwerbsleben verdrängt wurden, als un- oder angelernte Arbeiter tätig sind, gesundheitliche Beeinträchtigungen aufweisen oder über ein niedriges Bildungsniveau bzw. nur schwer verwertbare Qualifikationen verfügen. Auf der Verliererseite sieht sich gerade in Ostdeutschland häufiger als andere auch die Altersgruppe der 50 bis 65jährigen; Menschen, die für einen Neuanfang oder eine grundsätzliche Umorientierung manchmal schon zu alt, für die Rente sowie den ihnen offerierten Vorruhestand aber vielfach noch zu jung sind und denen

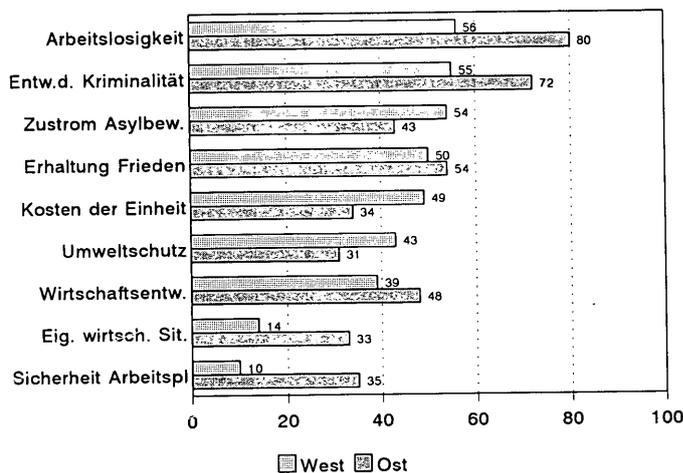
oftmals schlicht keine Chance mehr geboten wird. Als Gewinner des Wandels sehen sich in den neuen Bundesländern dagegen in erster Linie Personen, die sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten und in einer Angestelltenposition plazieren konnten, jüngere Bevölkerungsgruppen, aber nicht zuletzt auch Rentner.

Arbeitslosigkeit und Kriminalität bereiten größte Sorgen

Die größten Sorgen machte den Bundesbürgern in Ost und West 1993 gleichermaßen die Arbeitslosigkeit und die Entwicklung der Kriminalität (Graphik 2). In Westdeutschland stand an dritter Stelle schon der Zustrom der Asylbewerber, gefolgt von der Erhaltung des Friedens und den Kosten der deutschen Vereinigung. Damit wird deutlich, wie sehr die Bevölkerung hier gegenwärtig um die Erhaltung ihres Wohlstands fürchtet. Die Bürger in den neuen Bundesländern machten sich nach Arbeitslosigkeit und Kriminalität die größten Sorgen um die Erhaltung des Friedens und die Wirtschaftsentwicklung. Der Zustrom von Asylbewerbern folgt hier erst an fünfter Stelle. Während sich „nur“ 14 bzw. 10 Prozent der Westdeutschen große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation bzw. die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machen, gilt dies für nicht weniger als ein Drittel aller Ostdeutschen.

Auch in der Frage, was den Menschen für

Graphik 2 Besorgnisse der Bürger in Ost und West Anteil "große Sorgen" in %



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

ihr Wohlbefinden mehr oder weniger wichtig ist, setzen Ost- und Westdeutsche teilweise unterschiedliche Prioritäten. Dabei spielen die andersartigen Problemlagen und das Wohlstandsgefälle, aber auch Unterschiede in den generellen Wertorientierungen eine Rolle. Die größere Bedeutung, die der Arbeit, dem Einkommen und dem Schutz vor Kriminalität von der ostdeutschen Bevölkerung zugeschrieben wird und die geringere Priorität, die der Umweltschutz und die Freizeit im Vergleich zur westdeutschen Bevölkerung genießt, weist darauf hin, daß in den neuen Bundesländern materialistische und Sicherheitsbedürfnisse gegenüber den postmaterialistischen Bedürfnissen noch klar im Vordergrund stehen. Gemeinsam ist den Deutschen in Ost und West, daß sie den persönlichen Aspekten des Lebens - Gesundheit, Familie, Liebe und Zuneigung - die größte Bedeutung für ihr Wohlbefinden beimessen.

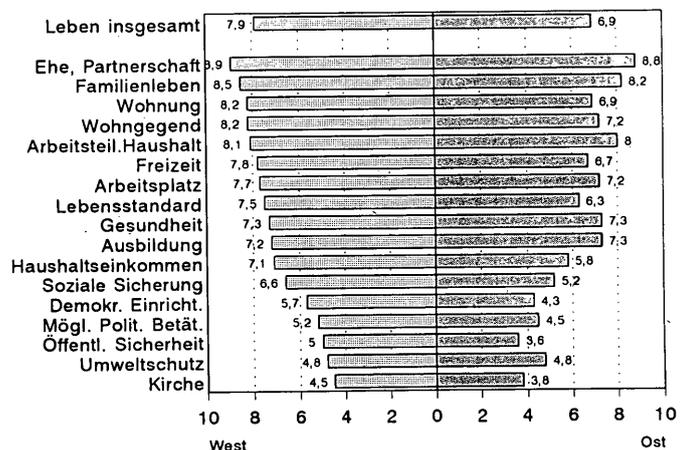
Zufriedenheit der Ostdeutschen noch deutlich niedriger als im Westen

Informationen darüber, wie zufrieden die Bürger in Ost und West gegenwärtig mit verschiedenen Aspekten ihrer Lebensbedingungen und ihrem Leben insgesamt sind, lassen sich zu einem Bild des subjektiven Wohlbefindens und der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität in Deutschland zusammenfügen. Die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost- und

Westdeutschen sind auch 1993 noch eklatant: Auf der von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Skala stufen sich die Ostdeutschen sowohl bei den Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen als auch bei der Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt nach wie vor deutlich niedriger ein als die Westdeutschen. Der Tendenz nach haben sich die Unterschiede über die Zeit jedoch verringert.

Betrachtet man die Zufriedenheitswerte im einzelnen (Graphik 3), so zeigt sich bei der Bewertung der verschiedenen Lebensbereiche zunächst ein für West- und Ostdeutsche ähnliches Muster mit einigen charakteristischen Unterschieden. In den alten und neuen Bundesländern gleichermaßen sind die Bürger am zufriedensten mit den „privaten“ und persönlich bestimmten Seiten des Lebens wie Ehe bzw. Partnerschaft und Familie. Am wenigsten zufrieden sind sie mit den „öffentlichen“, der individuellen Beeinflussung weitgehend entzogenen Aspekten, wie der Demokratie, den Möglichkeiten politischer Betätigung, der öffentlichen Sicherheit, dem Umweltschutz und der Kirche. Relativ zufriedener - gemessen an der Rangfolge - als die westdeutschen sind die ostdeutschen Bundesbürger vor allem mit ihrer Gesundheit und Ausbildung sowie dem Umweltschutz, weniger zufrieden insbesondere mit ihren Wohnverhältnissen. Absolut zufriedener als die Westdeutschen sind die Ostdeutschen freilich mit keinem der vorgegebenen Bereiche. Bestenfalls sind die Skalenwerte - wie bei der Zufriedenheit mit der Arbeitsteilung im Haushalt oder der Zufriedenheit mit der Gesundheit, der Ausbildung und dem Umweltschutz - in etwa gleich. Am größten sind die Unterschiede bei der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit, der Demokratie, der Sozialen Sicherheit, dem Haushaltseinkommen, der Wohnung und dem Le-

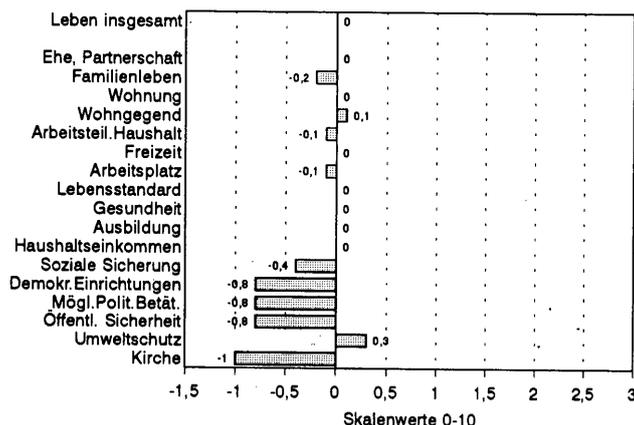
Graphik 3 Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen Durchschnitt auf Skala 0 - 10



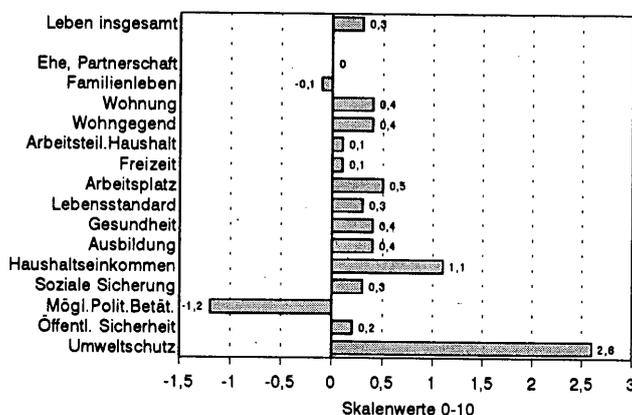
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

Graphik 4

Veränderung der Zufriedenheiten mit dem Leben und einzelnen Lebensbereichen in Westdeutschland 1988 - 1993



Veränderungen der Zufriedenheiten mit dem Leben und einzelnen Lebensbereichen in Ostdeutschland 1990 - 1993



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1990, 1993

bensstandard. In diesen Bereichen sind die ostdeutschen Bürger - mit Abweichungen von mehr als einem Skalenpunkt auf der von 0 bis 10 reichenden Skala - jeweils weit weniger zufrieden als die westdeutschen. Auch die Lebenszufriedenheit - als ein summarischer Indikator für das subjektive Wohlbefinden und die persönliche Lebensqualität - liegt mit einem Wert von 6,9 noch deutlich unter dem westdeutschen Niveau von 7,9. Ähnlich niedrig stufen sich auf der Skala der Lebenszufriedenheit in Westdeutschland le-

diglich Bevölkerungsgruppen ein, die sich - wie z.B. Arbeitslose oder Personen mit starken gesundheitlichen Beeinträchtigungen - in besonders problematischen Lebenslagen befinden.

Steigende Zufriedenheit in Ostdeutschland, sinkende Zufriedenheit in Westdeutschland

Auch wenn die ostdeutsche Bevölkerung mit vielen Aspekten der Lebensverhältnisse weiterhin in erheblichem Maße Un-

zufriedenheit äußert, ist in den neuen Bundesländern ein Aufwärtstrend unverkennbar. Ein nennenswerter Rückgang der Zufriedenheit, wie er vor allem im ersten Jahr nach der förmlichen Vereinigung - in erster Linie wohl als Konsequenz des drastischen Beschäftigungsabbaus, aber auch generell enttäuschter Erwartungen - in verschiedenen Bereichen zu beobachten war, ist nun - von einer Ausnahme abgesehen - nicht mehr festzustellen. Im Vergleich zu 1990 hat vielmehr die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt wie auch die Zufriedenheit mit den meisten Lebensbereichen und einzelnen Dimensionen der Lebensbedingungen zugenommen, in vielen Fällen sogar recht deutlich (Graphik 4). Am stärksten gestiegen ist die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz und - überraschenderweise - auch die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen. Nennenswert zurückgegangen ist dagegen die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung, eine Entwicklung, die gerade weil sie dem Trend zuwider läuft und mit der Demokratie einen Nerv dieser Gesellschaft betrifft, bedenklich stimmen muß.

Ganz anders ist die Situation in Westdeutschland. Im Vergleich zu 1988 ist die Zufriedenheit hier bestenfalls gleichgeblieben, in vielen Lebensbereichen aber zurückgegangen. Nur mit dem Umweltschutz waren die Westdeutschen 1993 zufriedener als noch fünf Jahre zuvor. Am stärksten gesunken ist die Zufriedenheit mit der Kirche, mit der öffentlichen Sicherheit, den demokratischen Einrichtungen und den Möglichkeiten der politischen Betätigung sowie der sozialen Sicherung. Auffällig ist, daß es sich dabei fast ausnahmslos um Aspekte der Lebensverhältnisse handelt, die einen engen Politikbezug aufweisen, bzw. sich direkt auf das politische System beziehen. Das Einstellungssyndrom, das verkürzt als Politikverdrossenheit bezeichnet wird, erfährt hier offenbar eine weitere Bestätigung.

Ansprüche der ostdeutschen Bevölkerung sind der Realität weit voraus

Zufriedenheit und Unzufriedenheit sind Ausdruck eines kognitiven Bewertungsprozesses, in dem die objektiven Lebensumstände an persönlichen Maßstäben gemessen werden. Wenn es darum geht, die aktuellen Zufriedenheitsunterschiede in

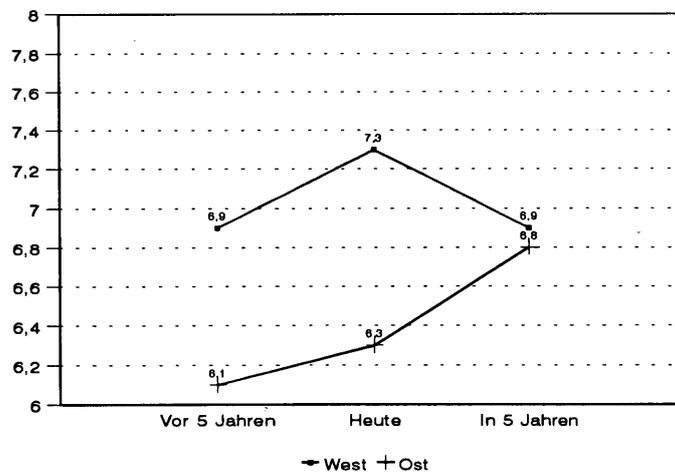
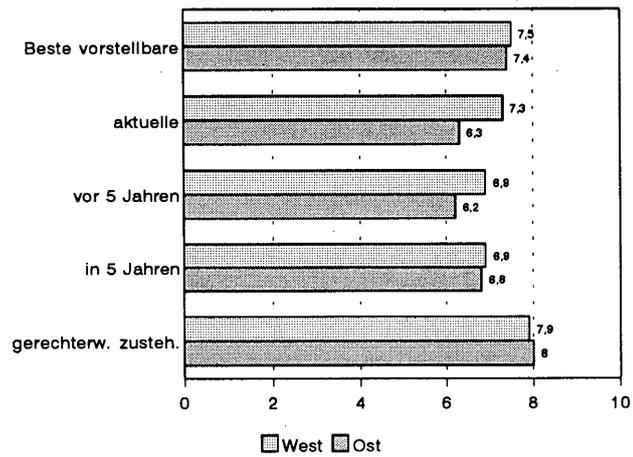
Ost- und Westdeutschland zu erklären, spielen daher neben dem faktischen Wohlstandsgefälle und den vielen Problemen, die der Transformationsprozeß für die Bürger der neuen Bundesländer mit sich bringt, auch die jeweiligen Ansprüche und Erwartungen eine Rolle. Erworben werden derartige Bewertungsmaßstäbe vor allem dadurch, daß Personen ihre eigenen Lebensverhältnisse mit denen von anderen oder ihrer eigenen früheren Situation vergleichen. Danach befragt, wie sie die eigenen aktuellen Lebensbedingungen bewerten, stufen sich die ostdeutschen Befragten auf der von 0 bis 10 reichenden Skala im Durchschnitt bei 6,3 ein (Graphik 5). Damit bewerten sie die aktuellen Lebensverhältnisse nur geringfügig besser als sie ihre Lebensbedingungen vor 5 Jahren aus heutiger Sicht einstufen. In den nächsten 5 Jahren rechnen sie mit einer Verbesserung auf einen Wert von 6,8, der aber immer noch weit unter dem der für sie besten vorstellbaren Lebensbedingungen mit 7,4 liegt. Der Skalenwert von 8,0 für die Lebensbedingungen, „die einem gerechterweise zustehen“, macht deutlich, wie weit die Ansprüche der ostdeutschen Bevölkerung der Realität gegenwärtig voraus sind. Die Anspruchslücke - als Differenz zwischen den Lebensbedingungen, die einem - wie man glaubt - gerechterweise zustehen und den realen, ist dort mit 1,7 Skalenpunkten weitaus größer als in Westdeutschland mit lediglich 0,6 Skalenpunkten. Sowohl die Einstufung der „besten vorstellbaren“ als auch die der „gerechterweise zustehenden“ Lebensbedingungen dokumentiert, daß das Anspruchsniveau der ostdeutschen Bevölkerung im Gegensatz zu den faktischen Gegebenheiten längst „Westniveau“ erreicht hat.

Ostdeutsche erwarten Verbesserungen, Westdeutsche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen

Bezeichnend für die Stimmungslage in Westdeutschland ist, daß man hier anders als in den neuen Bundesländern in der näheren Zukunft nicht mehr wie früher mit einer weiteren Verbesserung der Lebensqualität rechnet. Die aktuellen Lebensbedingungen werden von den westdeutschen Bürgern besser beurteilt als sie vor 5 Jahren waren, aber auch besser als sie in 5 Jahren voraussichtlich sein werden. Wie der Knick in der Kurve optisch veranschaulicht (Graphik 5), ist der Wohlstandsgipfel überschritten und es kann -

Graphik 5

**Bewertung der eigenen Lebensbedingungen
Durchschnitt auf Skala 0 - 10**

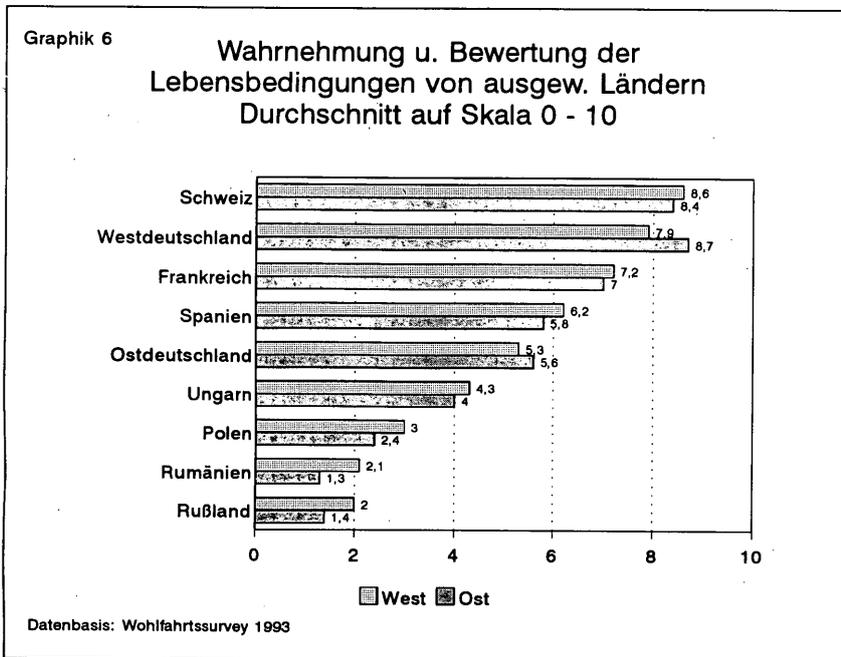


Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

was das allgemeine Lebensniveau angeht - aus der heutigen Sicht der westdeutschen Bevölkerung in Zukunft nur noch schlechter werden, während es in der Erwartung der ostdeutschen Bürger - das dokumentiert die aufsteigende Linie - zukünftig beschleunigt nach oben geht. Beide Perspektiven erscheinen keineswegs unrealistisch. Träfen die subjektiven Erwartungen der zukünftigen Entwicklung der individuellen Lebensbedingungen tatsächlich ein, wäre die angestrebte Angleichung der Lebensverhältnisse in 5 Jahren in etwa erreicht: für die ostdeut-

sche Bevölkerung verbunden mit einer deutlichen Verbesserung, für die westdeutsche auf niedrigerem, d.h. auf einem Niveau, wie sie es heute vor 5 Jahren schon einmal erreicht hatte.

Aufschlußreich ist auch, wie die Deutschen in Ost und West die Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland sowie in ausgewählten anderen Ländern West- und Osteuropas wahrnehmen und beurteilen (Graphik 6). Unter anderem offenbaren die Befunde das idealistische Bild, das sich die ostdeutsche Bevölke-



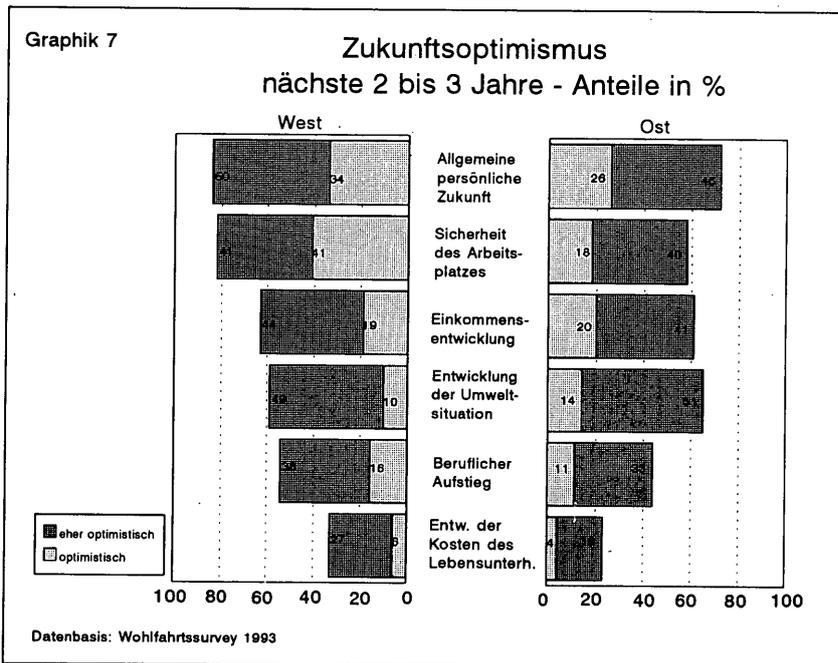
rung auch heute noch von den Lebensbedingungen in Westdeutschland macht. In ihren Augen sind die Lebensverhältnisse in Westdeutschland weit besser als sie aus westdeutscher Perspektive beurteilt werden und sogar besser als in der - von den Westdeutschen gelegentlich als „Schlaraffenland“ apostrophierten - Schweiz. Im Gegensatz dazu werden die Lebensbedingungen der Ostdeutschen von den Westdeutschen noch schlechter eingeschätzt als sie von der dortigen Bevölkerung gesehen werden. Ostdeutsche Befragte stellen ihre Lebensbedingungen in etwa mit Spanien auf eine Stufe, westdeutsche stufen das ostdeutsche Lebensniveau dagegen deutlich niedriger ein als das der Spanier. In der Beurteilung der übrigen Länder unterscheiden sich West- und Ostdeutsche nicht entscheidend. Die Lebensbedingungen in Ostdeutschland werden hier wie dort deutlich besser beurteilt als die der übrigen Länder des früheren Ostblocks, die ähnliche Transformationsprobleme zu bewältigen haben.

Ostdeutsche fordern mehr Unterstützung, Westdeutsche mehr Geduld

Die Verschlechterung des sozialen Klimas und die gereizte Stimmung, die sich nach der Wiedervereinigung in Deutschland eingestellt hat, werden vor allem mit den Kosten des Vereinigungsprozesses und den daraus resultierenden Verteilungskonflikten in Zusammenhang gebracht. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen dabei aber offenbar auch die wechselseitigen Ressentiments, Motivzuschreibungen und Erwartungen der Bevölkerungsteile in Ost und West. Im Kern stehen sich - was die Einschätzung des Transformationsprozesses und der damit zusammenhängenden Probleme angeht - zwei gegensätzliche Deutungsmuster gegenüber: Während den Ostdeutschen der

Prozeß der Angleichung der Lebensverhältnisse zu langsam geht und sie der Ansicht sind, ihren wohlhabenden und über Jahrzehnte privilegierten westdeutschen Landsleuten könnten und sollten größere Opfer zugemutet werden, sind die Westdeutschen angesichts der unüberschaubaren Kosten der Vereinigung um die Erhaltung ihres Lebensstandards besorgt und zudem mehrheitlich davon überzeugt, daß die neuen Bundesbürger ihr Anspruchsniveau reduzieren und mehr Geduld aufbringen müßten. 1993 stimmen 80 Prozent der ostdeutschen Befragten, aber lediglich 50 Prozent der westdeutschen der Aussage zu, „die Bürger der alten Bundesländer sollten zu mehr Opfern bereit sein, um die Lage in den neuen Bundesländern zu verbessern“. Demgegenüber vertreten 94 Prozent, d.h. nahezu die gesamte westdeutsche Bevölkerung, die Auffassung, „die Bürger der neuen Bundesländer sollten mehr Geduld zeigen, was die Verbesserung ihrer Lage betrifft“, im Vergleich zu immerhin auch noch 63 Prozent der Ostdeutschen, die dieser Aussage zustimmen. Diese Haltungen sind über die Zeit weitgehend stabil geblieben und haben sich der Tendenz nach eher noch verfestigt. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen zudem mit aller Deutlichkeit, daß die Akzeptanz weiterer finanzieller Opfer in der Bevölkerung sehr eng an eine gerechte Verteilung der Belastungen geknüpft ist.

Prozeß der Angleichung der Lebensverhältnisse zu langsam geht und sie der Ansicht sind, ihren wohlhabenden und über Jahrzehnte privilegierten westdeutschen Landsleuten könnten und sollten größere Opfer zugemutet werden, sind die Westdeutschen angesichts der unüberschaubaren Kosten der Vereinigung um die Erhaltung ihres Lebensstandards besorgt und zudem mehrheitlich davon überzeugt, daß die neuen Bundesbürger ihr Anspruchsniveau reduzieren und mehr Geduld aufbringen müßten. 1993 stimmen 80 Prozent der ostdeutschen Befragten, aber lediglich 50 Prozent der westdeutschen der Aussage zu, „die Bürger der alten Bundesländer sollten zu mehr Opfern bereit sein, um die Lage in den neuen Bundesländern zu verbessern“. Demgegenüber vertreten 94 Prozent, d.h. nahezu die gesamte westdeutsche Bevölkerung, die Auffassung, „die Bürger der neuen Bundesländer sollten mehr Geduld zeigen, was die Verbesserung ihrer Lage betrifft“, im Vergleich zu immerhin auch noch 63 Prozent der Ostdeutschen, die dieser Aussage zustimmen. Diese Haltungen sind über die Zeit weitgehend stabil geblieben und haben sich der Tendenz nach eher noch verfestigt. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen zudem mit aller Deutlichkeit, daß die Akzeptanz weiterer finanzieller Opfer in der Bevölkerung sehr eng an eine gerechte Verteilung der Belastungen geknüpft ist.



Deutsche in Ost und West sehen der näheren Zukunft mit gemischten Gefühlen entgegen

Ihre Zukunft beurteilen die Deutschen in Ost und West trotz aller Probleme durchaus nicht durchgängig pessimistisch, aber ebenso wenig uneingeschränkt optimistisch. Was sich zeigt, ist ein verhaltener Optimismus in der allgemeinen Zukunftssicht: Hier äußern sich mit 57 Prozent der Westdeutschen und 54 Prozent der Ostdeutschen jeweils kaum mehr als die Hälfte der Bevölkerung zuversichtlich. Dagegen wird die allgemeine persönliche Zukunft für die nächsten zwei bis drei Jahre von einer großen Majorität „optimistisch“ oder zumindest „eher optimistisch“ eingeschätzt (Graphik 7). Bezogen auf einzelne Dimensionen der zukünftigen Entwicklung stellen sich die Erwartungen sehr unterschiedlich dar. Die westdeutsche Bevölkerung betrachtete - zumindest im Frühjahr 1993 noch - die Sicherheit der Arbeitsplätze weit überwiegend mit Optimismus. Rund zwei Drittel beurteilten auch die Einkommensentwicklung „optimistisch“ oder „eher optimistisch“ und mehr als jeder zweite die Umweltsituation und die Möglichkeiten beruflich voran zu kommen. In Ostdeutschland ist die Bevölkerung - bezogen auf die kurzfristige Entwicklung der nächsten 2 bis 3 Jahre - weniger optimistisch, vor allem in Bezug auf die Sicherheit der Arbeitsplätze. Nur die Umweltsituation wird hier optimistischer beurteilt als im Westen. Überwiegend pessimistisch beurteilen West- und Ostdeutsche gleichermaßen die zukünftige Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Im Ganzen wesentlich ungünstiger fällt die Beurteilung der zukünftigen Entwicklung aus, wenn man nur die Bevölkerungsanteile betrachtet, die uneingeschränkt optimistisch sind. Hier wird offenbar, daß eine Mehrheit der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland der näheren Zukunft mit sehr gemischten Gefühlen entgegenseht.

Heinz-Herbert Noll
(Tel.: 0621/1246-241)

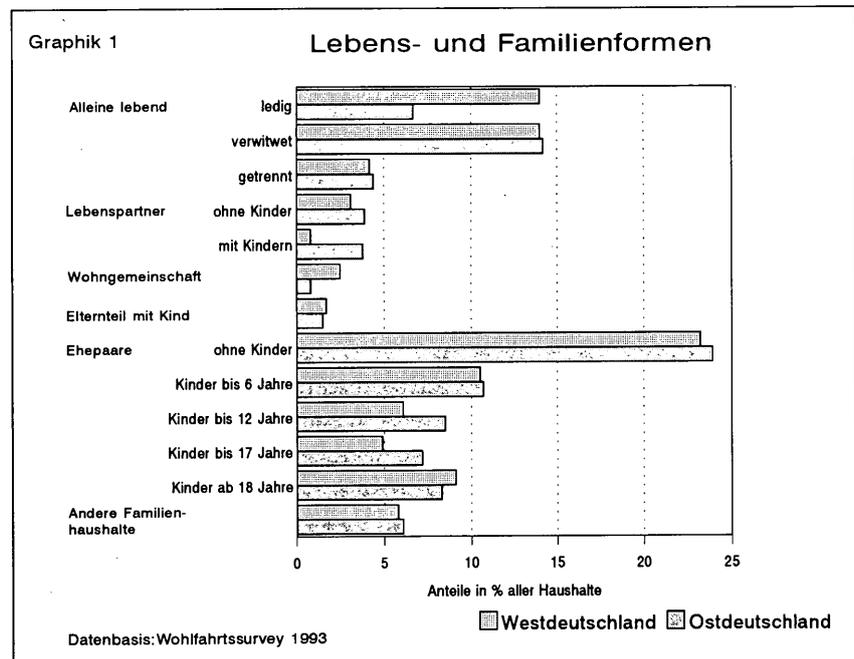
Anteil der Singlehaushalte in den alten Bundesländern deutlich höher als in den neuen Bundesländern

Der Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern bringt auch einschneidende demographische Veränderungen mit sich. Zu beobachten sind seit der Wende dramatisch gesunkene Heirats- und Geburtenraten, aber auch ein deutlicher Rückgang der Scheidungsziffern. In den westlichen Bundesländern gab es andererseits einen längerfristigen demographischen Wandel hin zu einem höheren Heiratsalter und gestiegenen Ledigenquoten. Dieser Wandel führte zu einem Anstieg von unverheiratet Zusammenlebenden, Einpersonenhaushalten und Wohngemeinschaften. Im Folgenden wird untersucht, in welchen Haushalts- und Familienformen West- und Ostdeutsche leben. Gerade in Krisenzeiten mit sinkender sozialer Sicherheit kommt den Primärgruppen wie der Familie eine zunehmende Bedeutung für die psychische Stabilisierung zu. Auf dem Hintergrund des Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern wird zudem untersucht, welchen Stellenwert die Deutschen in Ost und West der Familie zumessen, ob verschiedene Haushalts- oder Familienformen mit einem unterschiedlichen subjektiven Wohlbefinden korrespondieren und welche Rollenvorstellungen Deutsche für Mütter im Spannungsfeld von Familie und Beruf favorisieren.

Mehr Lebenspartner mit Kindern in den neuen Bundesländern

Die überwiegende Mehrheit der Haushalte im gesamten Bundesgebiet bilden Ehepaare mit Kindern. Betrachtet man die Altersstruktur der Befragten in diesen Familienhaushalten, fällt auf, daß die Eltern in Ostdeutschland jünger sind als in Westdeutschland. Das ist wenig über-

raschend, da in der früheren DDR das durchschnittliche Alter bei der ersten Heirat und bei der Geburt des ersten Kindes deutlich niedriger war als in der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung. Trotz vieler Ledigengeburten und der deutlich höheren Scheidungsziffern in der früheren DDR, gibt es ähnlich viele Alleinerziehende (unvollständige Familien) in Ost- und Westdeutschland. Die Ten-



denz zur Eheschließung oder erneuten Partnersuche und Wiederverheiratung in der ehemaligen DDR stand einer weiteren Verbreitung dieser Lebensform entgegen.

Eine der wesentlichen Veränderungen des „Familienzyklus“, die sich in den Industriegesellschaften herausgebildet hat, die enorme Expansion der Phase der „nacherterlichen Gefährtschaft“, findet ihren strukturellen Niederschlag in den neuen und alten Bundesländern in der großen Zahl von älteren Ehepaaren ohne Kinder im Haushalt. Verursacht durch eine erhöhte Lebenserwartung und kürzere Erziehungszeiten bei geringer Kinderzahl, hat sich bei Ehepaaren eine lange Phase des gemeinsamen Lebens ohne Erziehungspflichten für eigene Kinder herausgebildet. Der Anteil der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt beträgt in Ost- und Westdeutschland knapp ein Viertel aller Haushalte. Heirat und Geburt eines Kindes waren bereits in der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung zeitlich stärker entkoppelt als in der früheren DDR, wo Männer und Frauen in der Regel früher eine Ehe schlossen und bald darauf Kinder bekamen. In Westdeutschland leben deshalb auch mehr jüngere Ehepaare ohne Kinder als in Ostdeutschland.

Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer und Ehefrauen meistens jünger sind als ihre Ehemänner, charakterisiert Verwitwung und Alleinleben besonders bei älteren Frauen eine weit verbreitete Lebensform. In 14 Prozent aller Haushalte in Ost- und Westdeutschland wohnen alleinlebende Verwitwete.

In den alten Ländern der Bundesrepublik wird die Ehe nicht mehr als einzig legitime Lebensform anerkannt, sondern zunehmend als Wahlmöglichkeit unter verschiedenen Lebensformen, wie z.B. unverheiratet Zusammenleben, Alleinleben oder in Wohngemeinschaften leben, angesehen. Frühes eigenständiges Wohnen und späte Heirat oder Ehelosigkeit kennzeichnen diese Lebensformen neben der Ehe. In der früheren DDR waren die Wahlmöglichkeiten bezüglich der Wohn- und Lebensform, besonders durch die Schwierigkeit eine Wohnung ohne Heirat zu finden, eingeschränkt. Für unverheiratete Paare ergab sich die Chance zusammenzuleben, wenn mindestens ei-

ner der Partner nach einer Scheidung bereits über eine Wohnung verfügte.

Der Anteil von Lebenspartnern ohne Kinder an allen Haushalten beträgt jeweils unter 5 Prozent. Mehr als die Hälfte der Lebenspartner in den neuen Bundesländern ist also jünger als 25 Jahre. Das läßt den Schluß zu, daß ein Großteil dieser Partnerschaften frühestens seit der Wende besteht. Die Daten weisen darauf hin, daß in den neuen Bundesländern neben sehr jungen unverheirateten Partnerpaaren auch Lebenspartner über 30 Jahre, darunter viele Geschiedene, in einer Partnerschaft ohne Kinder leben. Das ist ein Indiz dafür, daß das Zusammenleben ohne Heirat nach einer Trennung oder Scheidung häufig als Lebensform gewählt wurde. Während in den alten Bundesländern unverheiratete Paare nur sehr selten Kinder haben (unter 1 Prozent aller Haushalte), findet man in den neuen Bundesländern gleichviele Lebenspartner mit Kindern wie ohne Kinder (4 Prozent aller Haushalte). Bereits in der früheren DDR waren viele junge Mütter bei der Geburt ihrer Kinder noch ledig. In der Regel folgte aber doch eine Eheschließung. Mit der ökonomischen und sozialen Transformation in Ostdeutschland scheint aber auch die Bereitschaft zur Heirat bei ledigen Müttern gesunken zu sein.

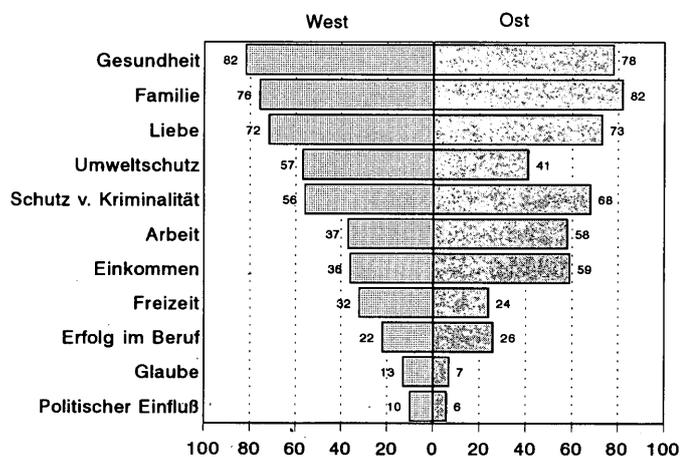
Bei den Anteilen der geschiedenen Alleinlebenden (4 Prozent aller Haushalte)

sind trotz der höheren Scheidungsziffern in der früheren DDR keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland festzustellen. Durch die Tendenz zur erneuten Partnerschaft oder auch Wiederheirat in der früheren DDR finden sich in den neuen Bundesländern keine deutlich größeren Anteile von geschiedenen Alleinlebenden und Alleinerziehenden als in den alten Bundesländern.

Als „alternative Wohnform“ fand die Zunahme von Wohngemeinschaften besonders bei jungen Menschen in den alten Bundesländern große Aufmerksamkeit. Kennzeichnend für diese Wohnform ist, daß mehrere nichtverwandte Personen in einem Haushalt leben. Der Anteil von Wohngemeinschaften an allen Haushalten liegt in Ostdeutschland unter einem Prozent, im Westen bei ca. 3 Prozent. Diese Wohnform ist in Westdeutschland bei Studenten, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, besonders beliebt. Im Ostdeutschland wohnen Studenten überwiegend in Studentenwohnheimen.

Der Anteil der ledigen Alleinlebenden an allen Haushalten ist in Westdeutschland mit 14 Prozent doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Ähnlich wie in anderen westlichen Industrieländern war auch in der alten Bundesrepublik eine starke Zunahme von Erwachsenen in Singlehaushalten zu verzeichnen. In der ehemaligen DDR war die Wohnraumvergabe staat-

Graphik 2
Subjektive Wichtigkeiten nach Lebensbereichen
Anteile "sehr wichtig" in %



Antwortmöglichkeiten: sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, unwichtig
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

Tabelle 1: Stellenwert von Beruf und Familie

	West			Ost		
	Beruf wichtiger als Familie	Beide gleich wichtig	Familie wichtiger als Beruf	Beruf wichtiger als Familie	Beide gleich wichtig	Familie wichtiger als Beruf
in %						
Insgesamt	11	38	52	11	57	31
Männer	11	40	49	17	60	24
Frauen	10	34	56	5	55	41
Altergruppen						
18-24 Jahre	13	41	46	20	48	32
25-34 Jahre	17	29	54	10	43	47
35-49 Jahre	7	40	53	8	67	25
50-65 Jahre	7	42	51	13	66	21

Vergleich der Skalenwerte von 1 „ganz unwichtig“ bis 7 „sehr wichtig“.
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993.

lich kontrolliert und begünstigte vor allem Eheleute. Die Möglichkeit, nach eigener Wahl alleine zu wohnen, war in der früheren DDR also deutlich eingeschränkt. Wenn sich die Lebensverhältnisse im Osten an den Westen angleichen, kann man vor allem mit einer Zunahme bei ledigen Alleinlebenden rechnen.

Familie im Osten wichtiger als im Westen

In der früheren DDR hatte die Familie einen nicht unwesentlichen Funktionsverlust erlitten. Durch die weitgehende Ganztagsbetreuung von Kindern in Kinderkrippen und anderen öffentlichen Einrichtungen hat die Familie einen großen Teil ihrer Sozialisationsfunktion eingebüßt. Auch die Funktion der ökonomischen Sicherung hatte die Familie teilweise verloren:

Frauen waren überwiegend voll erwerbstätig und auch Alleinerziehende waren sozial abgesichert. Diese Funktionsverluste gingen einher mit einer geringen Verbindlichkeit der Ehe. Entsprechend unkompliziert waren auch Ehescheidungen. Es ist daher von besonderem Interesse, welche individuelle Bedeutung die Ostdeutschen heute der Familie für ihre Lebensqualität subjektiv zumessen und inwieweit Unterschiede zu Westdeutschland zu beobachten sind?

In einer Rangfolge der Wichtigkeitseinstufungen verschiedener Lebensbereiche nimmt die Familie im Osten den ersten Platz und im Westen den zweiten Platz

hinter der Gesundheit ein: 82 Prozent der Befragten im Osten und 76 Prozent im Westen erachten die „Familie“ als „sehr wichtig“ für ihr eigenes Wohlbefinden (vgl. Graphik 2). In den alten und neuen Bundesländern nimmt in der Rangfolge der Wichtigkeitseinstufungen „Liebe und Zuneigung“ die dritte Position ein. Zwischenmenschliche Beziehungen im privaten Bereich haben offenbar in Ost und West gleichermaßen einen besonders hohen Stellenwert für das Wohlbefinden. Die Ergebnisse zeigen auch, daß subjektive Prioritäten von den faktischen Lebensverhältnissen abhängig sind. Die Bedeutung der Familie für das Wohlbefinden wird von Befragten in Familienhaushalten höher eingeschätzt als von Befragten, die nicht in Familien leben. Eine vergleichsweise geringe Wichtigkeit messen demgemäß vor allem ledige Alleinlebende der Familie zu. In den neuen Bundesländern sind diese Unterschiede schwächer ausgeprägt als in den alten Bundesländern.

Unterschiede in der Wertorientierung lassen sich auch durch die Bedeutung, die einzelne Befragte einem Lebensbereich im Vergleich zu einem anderen zumessen, identifizieren. Im Folgenden werden nicht die absoluten Skalenwerte für die Wichtigkeit der Familie untersucht, sondern mit den Skalenwerten für die Wichtigkeit der Arbeit verglichen. Welchen Stellenwert Erwerbstätige im individuellen Vergleich der „Familie“ und dem „Beruf“ zumessen, wird alternativ auf der Grundlage einer 7-stufigen Wichtigkeits-

skala untersucht. Diese Skala erlaubt es, differenziertere Abstufungen der Wichtigkeitsangaben als bei den zuletzt verwendeten Antwortvorgaben zu untersuchen. Weiterhin wird im Unterschied zu den vorherigen Wichtigkeitsangaben nicht nach der Wichtigkeit für das eigene Wohlbefinden gefragt, sondern nach der Wichtigkeit von Familie und Arbeit allgemein.

Auch hier kann man vermuten, daß die unterschiedlichen tatsächlichen Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland die Prioritäten beeinflussen. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt im Osten mit der breiten Erfahrung von Arbeitslosigkeit und drohendem Arbeitsplatzverlust dürfte in den neuen Bundesländern die relative Bedeutung des Berufs erhöhen. In Ostdeutschland bewertet die Mehrheit der Erwerbstätigen Familie und Beruf gleich hoch, während in Westdeutschland die größte Gruppe der Erwerbstätigen die Familie höher einstuft als den Beruf (vgl. Tabelle 1). Junge ostdeutsche Erwerbstätige bis 30 Jahre stufen allerdings zu mehr als 40 Prozent die Familie höher ein als den Beruf. Die abweichenden Ergebnisse bei jungen erwerbstätigen Männern und Frauen im Osten deuten auf einen Wertewandel bei jungen Ostdeutschen hin.

Geringe Zufriedenheit mit der Aufteilung der Hausarbeit bei Eltern mit jugendlichen Kindern im Westen

Der Familie wird in Ost- und Westdeutschland nicht nur eine hohe Wichtigkeit zugemessen, auch die Zufriedenheit

Tabelle 2: Zufriedenheit mit dem Familienleben, der Aufteilung der Hausarbeit und dem Leben im allgemeinen

	Durchschnittliche Zufriedenheit mit					
	Familienleben		Aufteilung der Hausarbeit		Leben	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	8,5	8,2	8,1	8,0	7,9	6,9
allein lebend						
ledig	7,4	(6,5)			7,7	(7,1)
verwitwet	7,8	6,9			7,6	6,6
getrennt	7,3	(5,1)			7,0	(4,6)
Lebenspartner						
ohne Kinder	8,3	8,4	8,4	8,2	7,9	6,4
mit Kindern	-	8,0	-	6,8	-	6,9
Wohngemeinschaft	8,1	-	8,2	-	8,0	-
Elternteil mit Kindern unter 17 J.	(7,7)	-	-	-	(7,4)	-
Ehepaare						
ohne Kinder	9,0	8,8	8,4	8,5	8,0	7,0
mit Kindern unter 6 J.	9,0	8,5	8,0	7,8	8,1	7,1
mit Kindern unter 12 J.	8,4	8,3	7,3	7,6	8,1	7,4
mit Kindern unter 17 J.	8,4	8,3	6,6	7,7	7,8	7,1
mit Kindern über 18 J.	8,5	8,4	7,9	8,1	7,9	6,8
anderer Familienhaushalt	8,6	7,9	8,9	(8,0)	8,0	6,9

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993.

Anmerkung: Zahlen in Klammer: N = 20-40

Zahlen nicht ausgewiesen: N < 20

mit dem Familienleben ist vergleichsweise hoch. Während die allgemeine Lebenszufriedenheit in den neuen Bundesländern deutlich geringer ist als in den alten Bundesländern, unterscheidet sich die Zufriedenheit mit dem Familienleben nur geringfügig zwischen Ost und West, und die Zufriedenheit mit der Aufteilung der Hausarbeit auf der Zufriedenheitsskala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“ ist nahezu identisch. Die Arbeitsteilung im Haushalt ist einer der wenigen Lebensbereiche, wo die durchschnittliche Zufriedenheit im Osten nicht unter der im Westen liegt. Die Aufteilung der Arbeit in einem Haushalt wird auch in den neuen Bundesländern mit einer hohen subjektiven Zufriedenheit bewertet. Sie wird auch weitgehend von den Befragten und dessen Haushaltsmitgliedern selbst bestimmt und ist nur in geringem Umfang von äußeren Einflüssen, wie z.B. der wirtschaftlichen Situation, abhängig. Die Zufriedenheit mit der Aufteilung der Hausarbeit ist in West- und Ostdeutschland bei Partnerpaaren und Ehepaaren ohne Kinder besonders hoch. Das dürfte auch damit zusammenhängen,

daß in diesen Zweipersonenhaushalten vergleichsweise wenig Hausarbeit anfällt. Überraschenderweise ist bei Ehepaaren mit jugendlichen Kindern bis 17 Jahre die Zufriedenheit mit der Aufteilung der Hausarbeit im Westen (Mittelwert 6,6) sogar deutlich geringer als im Osten (Mittelwert 7,7).

Haben unterschiedliche Familien- und Lebensformen auch einen Einfluß auf das subjektive Wohlbefinden? Verwendet man zur Untersuchung dieses Zusammenhanges die Zufriedenheit mit dem Leben allgemein, aber auch Merkmale von Defiziten des subjektiven Wohlbefindens wie Einsamkeit, Unglücklichsein, Ner-

Tabelle 3: Merkmale des subjektiven Wohlbefindens

	fühle mich oft einsam ¹		gewöhnlich unglücklich, niedergeschlagen		ständig aufgeregt, nervös		immer wieder Ängste, Sorgen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	13	16	10	16	10	14	17	26
allein lebend								
ledig	17	23	7	16	6	20	10	26
verwitwet	46	61	25	44	11	25	34	50
Lebenspartner	11	14	7	13	4	20	14	32
Ehepaare	8	9	8	12	1	11	15	22

¹ Antwortkategorien: stimmt ganz und gar/stimmt eher.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993.

vosität oder das Auftreten von Ängsten und Sorgen, so sind Ehepaare mit und ohne Kinder im Westen mit ihrem Leben meist zufrieden und weisen auch kaum Beeinträchtigungen bei weiteren Merkmalen des subjektiven Wohlbefindens auf (vgl. Tabelle 3). In den neuen Bundesländern haben auch Ehepartner eine relativ geringe Lebenszufriedenheit und haben in größerem Umfang als Ehepartner im Westen immer wieder Ängste und Sorgen. Während Ehepartner und auch Lebenspartner in den alten Bundesländern nur in sehr geringem Umfang ständig aufgeregt und nervös sind (1 Prozent bzw. 4 Prozent), sind es in den neuen Bundesländern 11 Prozent bzw. 20 Prozent. Subjektive Defizite treten in Ostdeutschland also auch bei Ehepartnern, die im Westen nur selten Defizite aufweisen, in deutlich größerem Umfang auf. Nur bei der Einsamkeit, als sehr spezifisches subjektives Defizit, unterscheiden sich Ehepartner in Ost und West nicht.

Beeinträchtigungen des subjektiven Wohlbefindens zeigen in größerem Umfang verwitwete Alleinlebende besonders in den neuen Bundesländern. In einer Lebensphase, in der die eigenen Kinder in der Regel das Elternhaus verlassen haben und der Ehepartner verstorben ist, müssen

sich ältere Menschen an die Situation alleine in einem Haushalt zu leben anpassen. Diese Situation geht häufig mit einem geringen Wohlbefinden einher. Verwitwete Alleinlebende leiden zu einem erheblichen Anteil unter Einsamkeit: 46 Prozent in Westdeutschland und 61 Prozent in Ostdeutschland fühlen sich oft einsam. Aber nicht nur Einsamkeit kennzeichnet diese Lebensform. Auch weitere subjektive Beeinträchtigungen treten bei dieser Personengruppe, vor allem in den neuen Bundesländern, häufig auf: So hat die Hälfte der verwitweten Alleinlebenden in Ostdeutschland immer wieder Ängste und Sorgen und 44 Prozent sind gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen. In Westdeutschland haben 34 Prozent dieser Personengruppe immer wieder Ängste und Sorgen und 25 Prozent sind gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen. Verwitwete Frauen und Männer weisen in den alten Bundesländern zwar in geringerem Umfang Beeinträchtigungen auf, dennoch handelt es sich hier in der gesamten Bundesrepublik um eine Personengruppe mit erheblichen Defiziten beim subjektiven Wohlbefinden. Die allgemeine Lebenszufriedenheit liegt mit durchschnittlich 6,6 im Osten und 7,6 im Westen nur um 0,3 unter den jeweiligen Gesamtmittelwerten. Angesichts der er-

heblichen subjektiven Beeinträchtigungen von Verwitweten in Einpersonenhaushalten, könnte man erwarten, daß das Zufriedenheitsniveau dieser Personengruppe niedriger ist. Daß diese Erwartung empirisch nicht vorzufinden ist, liegt möglicherweise daran, daß eine Anpassung der Ansprüche an die tatsächlichen Lebensumstände stattgefunden hat.

Besonders Alleinlebende, die geschieden sind oder getrennt leben, zeigen im Westen eine geringe Lebenszufriedenheit. Die Werte deuten darauf hin, daß diese Lebensformen im Osten mit noch stärkeren Defiziten des subjektiven Wohlbefindens einhergehen. Allerdings ist hier aufgrund der niedrigen Fallzahlen keine gesicherte Aussage mehr möglich.

Kaum Hausfrauen in den neuen Bundesländern

Mit der Erwerbstätigkeit von Frauen tritt häufig das Problem der Doppelbelastung durch Familie und Beruf auf. In der ehemaligen DDR galt es als selbstverständlich, daß Frauen eine volle Berufstätigkeit ausübten. Mutterschaft bei gleichzeitiger voller Berufstätigkeit war die Rolle, die für Frauen von staatlicher Sei-

Tabelle 4: Rollenverteilung von Männern und Frauen

	West				Ost			
	stimme voll zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	stimme voll zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
	in %							
Der alte Ausspruch „die Frau gehört in's Haus und zur Familie“ ist im Grunde richtig, und es sollte auch so bleiben	10	15	32	43	4	8	31	57
Verheiratete Frauen, die Kinder im Vorschulalter haben, sollten nicht arbeiten, es sei denn, es ist für die Familie finanziell unbedingt notwendig	42	34	17	7	22	32	29	17
In der früheren DDR wurde manches getan, damit auch Frauen mit Kleinkindern einer Erwerbstätigkeit nachgehen konnten. Dies sollte auch im vereinten Deutschland als Vorbild dienen	33	35	22	11	78	16	5	1

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993.

te propagiert wurde. Diese Rollenvorstellungen im Zusammenhang mit der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen wirkt sich auch heute noch in den neuen Bundesländern aus: Weniger als 2 Prozent der Frauen waren 1993 nichterwerbstätige Hausfrauen. In den alten Bundesländern waren dagegen 29 Prozent aller Frauen und 64 Prozent der nichterwerbstätigen Frauen bis 60 Jahre Hausfrauen.

In den Vorstellungen von Deutschen zur Rolle der Frau in Familie und Beruf findet die unterschiedliche Integration in das Erwerbsleben von Müttern in Ost- und Westdeutschland ihren Niederschlag: „Die Frau gehört in's Haus und zur Familie“ findet im Westen bei 10 Prozent der Befragten und im Osten sogar nur bei 4 Prozent „volle Zustimmung“ (vgl. Tabelle 3). Das traditionelle Modell der Arbeitsteilung, in dem der Mann der Berufarbeit nachgeht und die Frau für den Haushalt und die Kinderbetreuung zuständig ist, favorisiert nur noch eine Minderheit der Befragten. Bürger in den neuen Bundesländern lehnen dieses Rollenbild entschiedener ab als in den alten Bundesländern.

„Verheiratete Frauen, die Kinder im Vorschulalter haben, sollten nicht arbeiten, es sei denn, es ist für die Familie finanziell unbedingt notwendig“, findet im Westen deutlich mehr Zustimmung als im Osten: 42 Prozent der Westdeutschen gegenüber 22 Prozent der Ostdeutschen stimmen dieser Aussage voll zu. Daß Mütter von Kleinkindern nicht arbeiten und sich voll und ganz der Kindererziehung und der Hausarbeit widmen sollten, ist eine Vorstellung, die in den alten Bundesländern auch in den neunziger Jahren weit verbreitet ist. In der früheren DDR gab es zahlreiche Einrichtungen wie Kinderkrippen, Kinderhorte und Schulhorte, die die volle Berufstätigkeit von Frauen ermöglichten. Verschiedentlich wurde gefordert, diese Errungenschaften der früheren DDR in die Bundesrepublik zu übernehmen, um Frauen mit Kleinkindern die Entscheidung für Familie und Beruf zu erleichtern.

Die Aussage „In der früheren DDR wurde manches getan, damit auch Frauen mit Kleinkindern einer Erwerbstätigkeit nachgehen konnten. Dies sollte auch im vereinten Deutschland als Vorbild dienen“ findet im Osten eine deutlichere Zustimmung als im Westen. Mehr als drei Vier-

tel der Ostdeutschen gegenüber knapp einem Drittel der Westdeutschen stimmen dieser Aussage „voll zu“. Die Bürger in den alten Bundesländern zeigen sich reserviert, wenn es um die Veränderung des traditionellen Rollenbildes der Mütter geht. Öffentliche Einrichtungen zur umfassenden Kleinkinderbetreuung werden im Westen zurückhaltender beurteilt als im Osten. Immerhin stimmen im Westen weitere 35 Prozent der Befragten

dieser Aussage zumindest „eher zu“. Dieses Ergebnis signalisiert dennoch, daß man die Einrichtungen zur Kinderbetreuung auch in Westdeutschland als verbesserungsbedürftig erachtet, und daß die Bundesbürger glauben, von den Erfahrungen der früheren DDR auf diesem Gebiet profitieren zu können.

Stefan Weick (Tel.: 0621/1246-245)

Wandel der Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland

**Konferenz der Sektion Sozialindikatoren der DGS
Berlin, 17. bis 18. März 1994**

Der Verlauf des Transformationsprozesses in Ostdeutschland und die sich nur langsam vollziehende Angleichung der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern werfen Probleme auf, die weiterhin im Blickfeld der Öffentlichkeit und der Gesellschaftspolitik stehen. Eine Aufgabe der sozialwissenschaftlichen Forschung ist es, den sich seit der staatlichen Vereinigung vollziehenden Wandel der Lebensverhältnisse in Deutschland auf einer zuverlässigen Datenbasis differenziert zu beobachten und zu analysieren. Mit den Instrumentarien der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung werden dazu wichtige Beiträge geleistet. Ziel der Konferenz ist es, auf der Basis repräsentativer Erhebungsprogramme der empirischen Sozialforschung die Veränderungen der Lebensverhältnisse - Angleichungstendenzen ebenso wie noch bestehende Ungleichheiten, Erfolge wie Mißerfolge - aufzuzeigen und eine Bilanz des bisherigen Prozesses der „inneren Einigung“ zu ziehen. Die Vorträge der zweitägigen Konferenz sind vier thematischen Schwerpunkten zugeordnet:

- **Arbeit und Arbeitsmarkt**
- **Einkommen und Lebenslagen**
- **Lebensformen und Lebensstile**
- **Lebensqualität und Wertewandel**

Die Konferenz findet in Kooperation mit der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) statt und wird mit Unterstützung der AG Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung durchgeführt.

**Informationswünsche und Anmeldungen bitte an:
Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim
oder
Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, J.W. Goethe Universität Frankfurt**

Wohnqualität in Ostdeutschland noch weit unter dem westdeutschen Niveau

- Wohnen im vereinten Deutschland -

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis und die Wohnung stellt den zentralen räumlichen Lebensmittelpunkt im wirtschaftlichen und sozialen Sinne dar. Die Wohnungsmärkte, die die Nachfrage der Bevölkerung nach Wohnraum befriedigen, waren in der ehemaligen BRD und DDR unterschiedlich strukturiert. In der ehemaligen DDR existierte kein Wohnungsmarkt im westlichen Sinne, sondern eine Politik der Wohnungsversorgung, die zentralstaatlich gesteuert wurde, wobei der Staat den Wohnungsbau und die Wohnungsmieten fast vollständig subventionierte. Seit der Vereinigung hat sich der Wohnungsmarkt in den fünf neuen Bundesländern rasant verändert. Bis heute resultiert aus dem Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern allerdings noch keine Angleichung an westdeutsche Wohnverhältnisse. Der vorliegende Beitrag untersucht die Unterschiede in den objektiven Wohnbedingungen und der subjektiv wahrgenommenen Wohnqualität zwischen den alten und neuen Bundesländern und nimmt damit eine Bestandsaufnahme der Wohnsituation im vereinten Deutschland vor.

Die Unterschiede in der Versorgung mit Wohnraum und anderen objektiven Wohnbedingungen, die zwischen den alten und neuen Bundesländern bestehen, können an verschiedenen Indikatoren abgelesen werden. Die Wohnfläche, die jedem Haushaltsmitglied in den neuen Bundesländern zur Verfügung steht, weist auf eine - im Vergleich zu den alten Bundesländern - relative Unterversorgung hin. Westdeutsche haben im Durchschnitt 40 Quadratmeter pro Person zur Verfügung. Dies entspricht einer Wohnfläche, die um ein Viertel größer ist als die der Ostdeutschen von knapp 30 Quadratmetern (Tabelle 1). Diese Differenz bleibt

auch dann gravierend, wenn die Haushaltsgröße berücksichtigt wird. Einpersonenhaushalte verfügen erwartungsgemäß mit Abstand über die größte Wohnfläche, die bei 62 qm in den alten Bundesländern und bei 51 qm pro Person in den neuen Bundesländern liegt. Mit zunehmender Anzahl der Haushaltsmitglieder sinkt die Wohnfläche, die jeder einzelnen Person bleibt. Trotz der Tatsache, daß Einpersonenhaushalte in Westdeutschland häufiger vorkommen als in den neuen Bundesländern, läßt sich die unterschiedliche Wohnraumversorgung im innerdeutschen Vergleich damit nicht erklären. Die Zahl der Wohnräume stellt einen weite-

ren wichtigen quantitativen Indikator der Wohnraumversorgung dar. Der festgeschriebene Standard von mindestens „einem Wohnraum pro Person“ trägt der Forderung nach Privatsphäre, persönlichen Rückzugs- und Entfaltungsmöglichkeiten eines jeden Haushaltsmitglieds Rechnung. Diese Forderung wird im Durchschnitt sowohl im alten als auch im neuen Bundesgebiet erfüllt. Bei der Wohnraumversorgung pro Person zeigt sich, daß den Ostdeutschen mit 1,3 Räumen pro Person im Durchschnitt 20 Prozent weniger Wohnraum zur Verfügung steht als den Westdeutschen mit 1,6 Wohnräumen pro Person. Seit der Vereinigung sind hierbei keine Veränderungen zu verzeichnen. Die verstärkten baulichen Tätigkeiten in den fünf neuen Bundesländern werden sich vermutlich erst in einigen Jahren positiv auf die dortige Wohnraumversorgung auswirken.

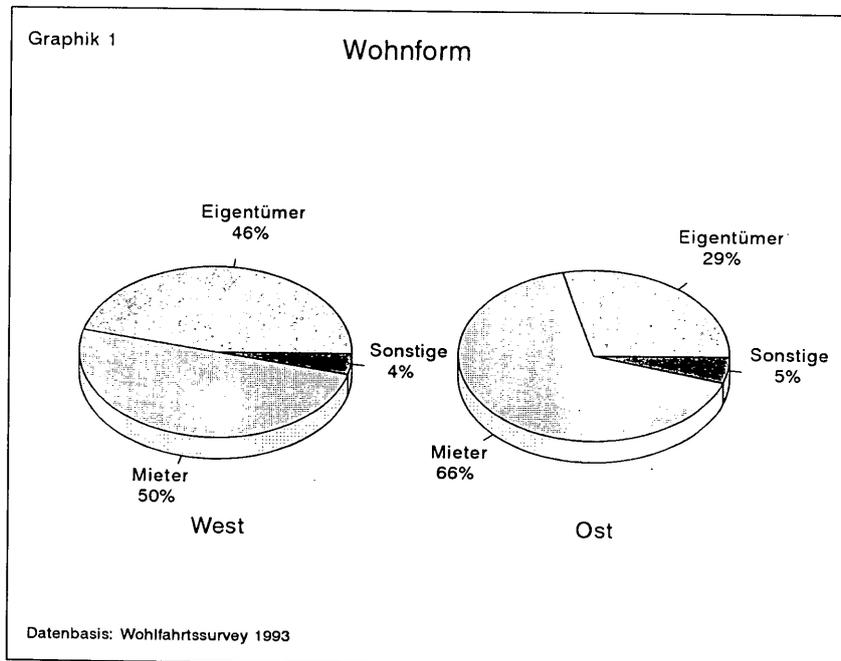
Weniger ostdeutsche Eigentümer

Veränderungen zeichnen sich dagegen schon heute bei der Wohnform ab. Privates Wohneigentum wurde in der ehemaligen DDR zunehmend zurückgedrängt und in Volkseigentum umgewandelt. Knapp 20 Prozent der Ostdeutschen waren 1990 Eigentümer. Durch Rückübertragungen von Grundstücks- und Wohnungseigentum oder Neuerwerb hat sich dieser Anteil bis zum Jahr 1993 auf nahezu 30 Prozent erhöht (Graphik 1). In den alten Bundesländern wohnt dagegen fast jeder Zweite im eigenen Haus oder in seiner Eigentumswohnung. Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern stellen Einfamilienhäuser die bevorzugte Form des Wohneigentums dar. Die Gruppe der Mieter ist im neuen Bundesgebiet mit 66 Prozent deutlich größer als in den alten Bundesländern: Nur jeder zweite Westdeutsche ist Mieter. Ungefähr jeder dritte Ost- und Westdeutsche wohnt als Mieter in einem Mehrparteienhaus mit bis zu 9 Parteien. Gravierende Unterschiede bestehen dagegen bei den Mieteranteilen in 10 und mehr Parteienhäusern: Mit 29 Prozent der Ostdeutschen wohnt fast jeder Dritte in Mehrparteienhäusern dieser Größenordnung, gegenüber nur 12 Prozent der Westdeutschen. Hierin spiegelt sich ein Stück der Wohnungsbaupolitik der ehemaligen DDR wider, die Großwohnanlagen in Plattenbauweise gegenüber Sanierung und Modernisierung der Altbausubstanz favorisierte.

Tabelle 1: Objektive Wohnbedingungen in Ost- und Westdeutschland

	West	Ost
Wohnfläche pro Person (in qm)	40,5	29,7
Wohnräume* pro Person	1,6	1,3
	West	Ost
	in %	
Wohnungsausstattung		
Bad/Dusche	98	89
Toilette	99	85
Zentralheizung	90	55
Balkon/Terasse	74	42
Haushalte mit Bad, WC und Zentralheizung (Standardausstattung)	89	52

* ohne Küche, Bad, Flur, Abstellräume und untervermietete Räume
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993



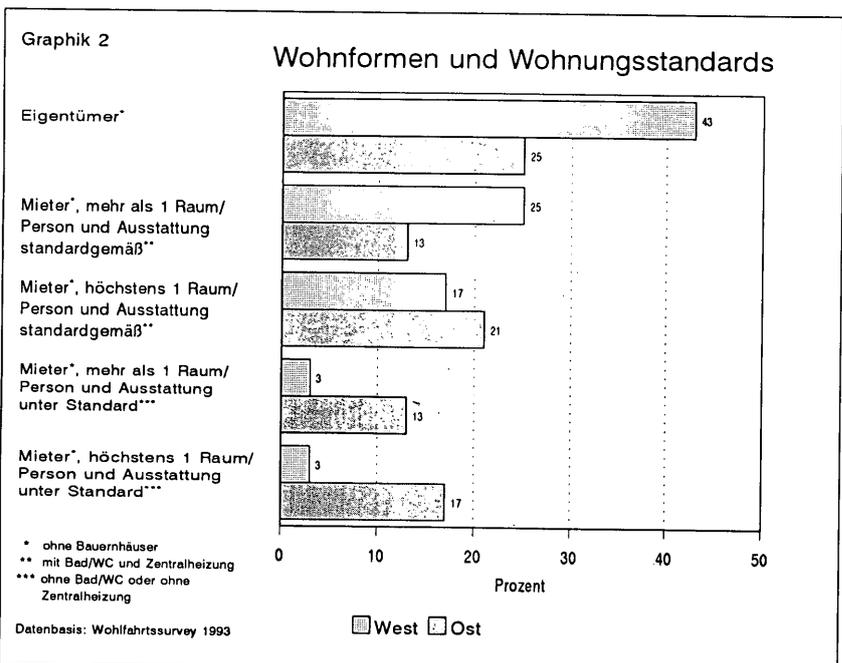
Deutlich niedrigere Qualitätsstandards der ostdeutschen Wohnungen

Die Qualität der Wohnungen unterscheidet sich in West- und Ostdeutschland ebenfalls erheblich. In den alten Bundesländern sind insgesamt nur marginale Anteile der Wohnungen nicht mit Bad/Dusche beziehungsweise einer Toilette ausgestattet (Tabelle 1). Im Gegensatz dazu verfügen in den neuen Bundesländern immerhin 11 Prozent der Haushalte nicht über Bad/Dusche und 15 Prozent nicht über eine Toilette in ihrer Wohnung. Ostdeutsche Wohnungen haben zwar seit 1990 bei diesen Ausstattungskriterien eine leichte qualitative Aufwertung erfahren, jedoch liegt dieses Niveau noch weit unter dem der westdeutschen Haushalte der siebziger Jahre. Mit weiteren Ausstattungsmerkmalen wie Zentralheizung oder Balkon/Terrasse sind die ostdeutschen Wohnungen ebenfalls weit geringer versorgt als westdeutsche Haushalte. Jeder zweite Haushalt heizt in den neuen Bundesländern mit einer Zentralheizung, in Westdeutschland dagegen 90 Prozent aller Haushalte. Fast drei Viertel der westdeutschen Wohnungen sind mit Balkonen oder Terrassen ausgestattet. Diese Ausstattungsmerkmale finden sich in nur 42 Prozent der ostdeutschen Haushalte. Mithilfe dieser einzelnen Kriterien kann eine standardgemäße Ausstattung definiert werden, die sowohl ein Bad/WC als

auch eine Zentralheizung voraussetzt. Diesem so bestimmten Standard entsprechen knapp 90 Prozent der westdeutschen Haushalte, in den neuen Bundesländern jedoch nur jede zweite Wohnung. Die regionalen Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen, daß ostdeutsche Haushalte sowohl in Bezug auf die Wohnraumversorgung, als auch bezüglich der Wohnform und der Wohnausstattung einen deutlich geringeren Standard haben

als die westdeutschen Wohnungen. Unter der Voraussetzung, daß eine Angleichung der ostdeutschen Wohnverhältnisse an die der alten Bundesländer stattfinden soll, wird eine Vielzahl der ostdeutschen Haushalte von diesen Veränderungen profitieren können.

Bei einer kombinierten Betrachtung der einzelnen Wohnmerkmale können Gruppen in Ost- und Westdeutschland verglichen werden (Graphik 2). Einerseits wird zwischen Eigentümern und Mietern unterschieden, andererseits das Über beziehungsweise Unterschreiten gewisser Standards bei der Wohnraumversorgung und der Wohnungsausstattung dokumentiert. Haushalte in Bauernhäusern werden hierbei wegen ihrer spezifischen Problematik außer Acht gelassen. Deutlich wird, daß ostdeutsche Mieter in stärkerem Maße in Wohnungen mit einer höheren Belegungsdichte und einer Wohnausstattung unter Standard leben. Nur jeder zehnte Ostdeutsche wohnt als Mieter in einem Haushalt, der sowohl jeder Haushaltsperson mindestens einen Wohnraum zur Verfügung stellt, als auch eine standardgemäße Ausstattung hat. In diesen besseren Mietverhältnissen leben immerhin rund ein Viertel der Westdeutschen. Der Anteil der ostdeutschen Mieter in Wohnungen unterhalb dieses hohen Standards ist größer als der der westdeutschen Mieter. 16 Prozent der Ostdeutschen leben unter schlechten Wohnbe-



dingungen, das heißt in einer beengten Wohnung mit einer Ausstattung unter Standard. Im Vergleich zu den alten Bundesländern zeigt sich, daß große Anstrengungen erforderlich sind, um die Ausstattungsdefizite sowie die beengten Wohnverhältnisse zu beheben. Dies macht den enormen Aufholbedarf der fünf neuen Bundesländer offenkundig. Die ostdeutschen Wohnungen im Jahre 1993 haben eine schlechtere Ausstattung und stellen den Haushaltsmitgliedern weniger Wohnraum zur Verfügung als dies für westdeutsche Wohnungen Mitte der 70'er Jahre der Fall war. Dies gibt einen Hinweis darauf, wie lange der Prozeß einer Angleichung an die relativ guten westdeutschen Wohnverhältnisse dauern wird, auch wenn seit 1990 in den neuen Bundesländern eine leichte Verbesserung der Wohnsituation deutlich wird.

Deutlich geringere Wohnzufriedenheit ostdeutscher Mieter

Eine andere Frage ist, wie die faktischen Wohnverhältnisse von der Bevölkerung

subjektiv wahrgenommen und bewertet werden. Dabei kann die subjektiv wahrgenommene Wohnqualität als Diskrepanz zwischen objektiven Wohnbedingungen und den Wohnansprüchen der Bürger verstanden werden. Auf der von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Skala bewerten die Westdeutschen im Durchschnitt ihre Wohnverhältnisse mit 8,2. Die ostdeutsche Wohnzufriedenheit liegt dagegen mit 6,9 deutlich niedriger (Tabelle 2). Diese Differenz wird durch den Anteil von 13 Prozent der Ostdeutschen gegenüber nur 5 Prozent der Westdeutschen, die mit ihrer Wohnung eher unzufrieden sind, verdeutlicht. Im Vergleich mit der Bewertung anderer Lebensbereiche fällt die Zufriedenheitsdifferenz bei der Wohnzufriedenheit mit 1,3 zwischen alten und neuen Bundesländern auf der 11-stufigen Skala sehr deutlich aus. Im Westen stagniert die Wohnzufriedenheit seit 1988, im Osten dagegen ist im Vergleich zu 1990 eine leichte Steigerung bei der Bewertung der Wohnung festzustellen. Dies könnte möglicherweise aus den einschnei-

denden Veränderungen der Eigentumsverhältnisse oder der leichten Verbesserungen der Ausstattungsmerkmale in den fünf neuen Bundesländern resultieren. Bei einem Vergleich der Zufriedenheitsunterschiede zwischen Eigentümern und Mietern wird deutlich, daß Eigenheimbewohner ihre Wohnung positiver beurteilen. Hierbei nähert sich der Anteil an zufriedenen ostdeutschen Eigentümern dem der westdeutschen Eigentümer an. Nur ein verschwindend geringer Teil von 2 Prozent der deutschen Eigentümer in Ost- und Westdeutschland sind mit ihrer Wohnsituation eher unzufrieden. Ganz anders stellt sich die Wohnzufriedenheit bei der Gruppe der Mieter in beiden Teilen Deutschlands dar. Ostdeutsche Mieter, immerhin zwei Drittel der Ostdeutschen, haben eine deutlich geringere Wohnzufriedenheit als westdeutsche Mieter. Dabei unterscheidet sich die Zufriedenheit mit der Wohnung zwischen ost- und westdeutschen Mietern merklicher als dies bei dem Vergleich der beiden Eigentümergruppen beobachtet wurde. Immerhin 16 Prozent der ostdeutschen

Tabelle 2: Zufriedenheit* mit der Wohnung nach objektiven Wohnbedingungen in Ost- und Westdeutschland

	West			Ost		
	eher zufr.	eher unzufr.	durchschnittliche Zufriedenheit	eher zufr.	eher unzufr.	durchschnittliche Zufriedenheit
	in %			in %		
Insgesamt	87	5	8,2	72	13	6,9
Wohnform						
Eigentümer**	96	2	8,9	91	(2)	8,3
Mieter**	81	7	7,6	67	16	6,4
Sonstiges***	88	10	8,1	56	19	6,6
Wohnausstattung						
- mit Bad, WC und Zentralheizung (standardgemäß)	90	4	8,3	83	8	7,5
- unter diesem Standard	67	17	6,8	62	17	6,2
Wohnraumversorgung						
bis unter 1 Wohnraum pro Person	70	15	6,9	55	22	6,1
1 Wohnraum pro Person	83	7	7,7	70	15	6,7
über 1 bis unter 2 Wohnräume pro Person	90	4	8,4	81	9	7,3
2 bis unter 3 Wohnräume pro Person	92	2	8,6	77	9	7,3
3 und mehr Wohnräume pro Person	93	(2)	8,7	76	(9)	7,5

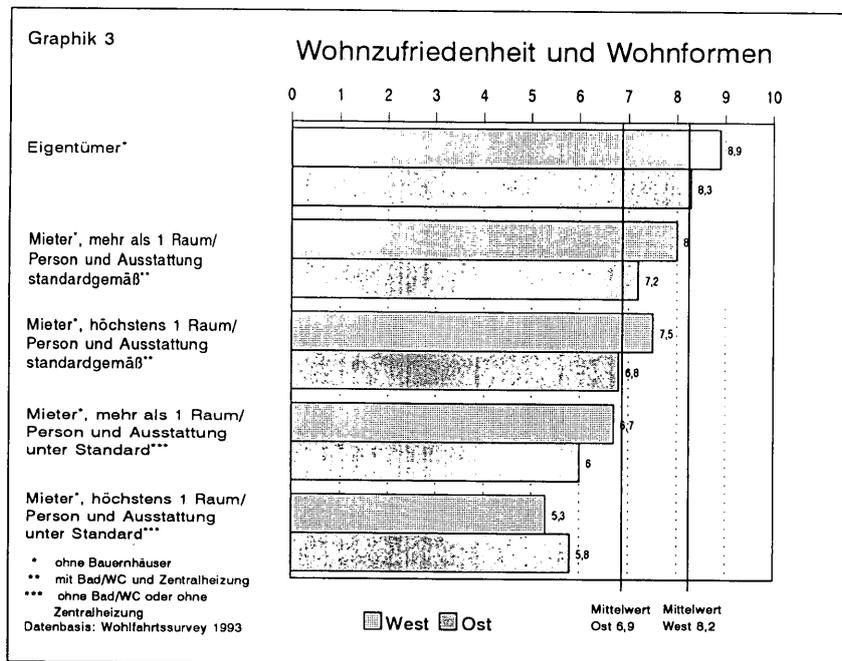
* Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „eher zufrieden“=6-10; „eher unzufrieden“=0-4.

** ohne Bauernhäuser

*** Untermiete und andere Wohnform

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

Anmerkung: Zahlen in Klammer: N ≤ 10



Mieter, gegenüber 7 Prozent der Mieter in den alten Bundesländern, sind mit ihrer Wohnung unzufrieden. Bei der Bewertung der Wohnung spielt vermutlich eine Rolle, daß einerseits Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen dringend notwendig sind, und sich Versorgungsengpässe und steigende Mietbelastungen bemerkbar machen, sowie andererseits westdeutsche Wohnverhältnisse als Vergleichsmaßstab herangezogen werden. Dies führt zu einer großen Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit, die sich negativ auf die Wohnzufriedenheit auswirkt.

Geringere ostdeutsche Ansprüche an die Ausstattung und die Belegung

Die Zufriedenheit mit der Wohnung variiert ebenfalls mit deren Ausstattung. Wohnungen, die nach heutigem Standard mit einem Bad/WC und einer Zentralheizung ausgestattet sind, werden deutlich positiver bewertet als Wohnungen, die unter diesem Standard liegen. In den fünf neuen Bundesländern liegt die Wohnzufriedenheit mit 7,5 bei standardgemäßer Ausstattung erheblich über dem ostdeutschen Durchschnitt von 6,9 (Tabelle 2). Westdeutsche, die Wohnungen mit diesen Ausstattungsmerkmalen bewohnen, sind dagegen nur leicht überdurchschnittlich zufrieden. 17 Prozent der Ostdeutschen, die über keinen entsprechenden Ausstattungsstandard in ihrer Wohnung verfügen, sind damit eher unzufrieden. Dies trifft in glei-

chem Maße in den alten Bundesländern zu. Die Wohnzufriedenheit liegt dort sehr deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt. Eine standardgemäße Ausstattung wirkt sich in Ostdeutschland günstiger auf die Wohnzufriedenheit aus als in Westdeutschland, wo sie als selbstverständlich wahrgenommen wird. Eine Ausstattung unter Standard wird hier umso stärker als Defizit empfunden und kann zu einer deutlich geringeren Wohnzufriedenheit führen.

Die Wohnungsbelegungsichte stellt einen weiteren Indikator dar, der die Wohnzufriedenheit beeinflußt. Mit zunehmender Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnräume pro Person steigt die Wohnzufriedenheit kontinuierlich an (Tabelle 2). Die Wohnraumversorgung deutscher Haushalte scheint nicht mehr dem mittlerweile schon älteren Standard von „genau einem Wohnraum pro Bewohner“ zu entsprechen. Die durchschnittliche Wohnzufriedenheit liegt bei Bewohnern von Wohnungen mit genau einem Raum pro Person in Ostdeutschland mit 6,7 kaum, in Westdeutschland dagegen mit 7,7 deutlich unter dem jeweiligen Durchschnitt. Sowohl in den neuen wie auch in den alten Bundesländern wird erst bei einer Wohnraumversorgung von mehr als einem Wohnraum pro Person eine überdurchschnittliche Wohnzufriedenheit erreicht. Mit dem heutigen Standard von einem Wohnraum pro Bewohner zuzüg-

lich einem gemeinsam genutzten Raum gelangt man in Ostdeutschland deutlicher als in Westdeutschland an eine gewisse Sättigungsgrenze. Noch mehr Wohnraum erhöht die Zufriedenheit dort kaum noch. Diese Unterschiede lassen vermuten, daß sich in den alten Bundesländern höhere Mindeststandards bezüglich der zur Verfügung stehenden Wohnraumanzahl pro Person etabliert haben. Erste Hinweise darauf, daß sich eine Angleichung dieser westdeutschen Standards auch in den neuen Bundesländern durchsetzen wird, lassen sich schon seit 1990 im Ansatz erkennen.

Bei einer kombinierten Betrachtung der einzelnen Wohnmerkmale hat die Wohnform, neben der Wohnungsausstattung und der Belegungsichte, den stärksten Einfluß auf die Wohnzufriedenheit. Der Gruppe der Eigentümer mit einer überdurchschnittlichen Zufriedenheitsäußerung folgt die Gruppe der Mieter, die über mehr als einen Wohnraum und eine standardgemäße Ausstattung verfügen (Graphik 3). Diese vergleichsweise gut versorgte Mietergruppe befindet sich in den alten Bundesländern mit einer Wohnzufriedenheit von 8 schon unter dem westdeutschen Durchschnitt. In den neuen Bundesländern zeigt erst die Gruppe der Mieter, die in Wohnungen ohne Bad/WC oder ohne Zentralheizung, aber in nicht beengten Wohnverhältnissen lebt, eine deutlich unterdurchschnittliche Zufriedenheitseinstufung von 6 auf der 11-stufigen Skala. Am unteren Ende der Ausstattungsmerkmale und der Belegungsichte ist die geringste Wohnzufriedenheit zu beobachten, die in den neuen Bundesländern bei 5,8 und in den alten Bundesländern bei 5,3 liegt. Westdeutsche Mieter von unzureichend ausgestatteten und vergleichsweise beengten Wohnverhältnissen zeigen seit 1978 eine wachsende relative Unzufriedenheit. Mieter in den fünf neuen Bundesländern, die unter diesen insgesamt schlechten Wohnbedingungen leben, haben hierbei eine höhere Zufriedenheit als die vergleichbare Gruppe in den alten Bundesländern. Die Zufriedenheit ist dort sogar seit 1990 leicht gestiegen. Es scheint so, als ob sich ostdeutsche Mieter eher mit ungünstigen Wohnungsverhältnissen arrangieren könnten als Westdeutsche. Es kann vermutet werden, daß bei den sozialen Vergleichsprozessen neben den Wohnbedingungen der alten Bundesländer auch das konkrete ostdeutsche Umfeld mit herangezogen wird. Hier-

bei können sich andere Aspekte der Wohnbedingungen auch für die Bewohner von insgesamt schlecht ausgestatteten und beengten Mietverhältnissen günstiger darstellen als dies noch im Jahre 1990 der Fall war. Ein Umzug hätte heute beispielsweise zur Folge, daß die Mietpreisbindung in der neuen Wohnung wegfallen würde und somit mit einer deutlich höheren Mietbelastung zu rechnen wäre.

Stadt-Land Unterschiede bei der Zufriedenheit mit der Wohngegend

Die Zufriedenheit mit der Wohnung stellt nur einen Teilbereich der subjektiv wahrgenommenen Wohnqualität dar. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Zufriedenheit mit der Wohngegend, die in den alten Bundesländern seit 1978 angestiegen ist und 1993 mit 8,2 auf der 11-stufigen Skala bewertet wurde (Graphik 4). Die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Wohngegend befindet sich in Ostdeutschland mit 7,2 deutlich darunter. Der Zufriedenheitsunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Bewertung der Wohngegend ist weniger stark ausgeprägt als bei der Bewertung der Wohnung selbst. In Dörfern, ländlichen Kleinstädten und in Vororten der Großstädte wird die Wohngegend sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland überdurchschnittlich gut bewertet. Die höchste Zufriedenheit findet sich hierbei in beiden Teilen Deutschlands bei den Dorfbewohnern in Stadtnä-

he und in den alten Bundesländern zusätzlich bei Bewohnern von ländlichen Kleinstädten. Hier liegen die Werte mit 8,8 in Westdeutschland und 8,1 in den neuen Bundesländern deutlich über dem jeweiligen Durchschnitt. Dagegen bewerten ost- wie westdeutsche Bewohner von Großstädten ihre Wohngegend am schlechtesten, gefolgt von den Einwohnern sowohl der mittleren Städte mit viel Industrie als auch der industriellen Kleinstädte. Großstädter in den neuen Bundesländern bewerten ihre Wohngegend auf der 11-stufigen Zufriedenheitsskala mit 6,4 und in den alten Bundesländern mit 7,6. Die Beurteilung der Wohngegend variiert in Abhängigkeit von Art und Größe des Wohnortes in Ost- wie in Westdeutschland in ähnlichem Maße. Offenbar wirkt sich, wie nicht anders zu erwarten ist, ein hoher Industrialisierungsgrad negativ auf die Zufriedenheit mit der Wohngegend aus.

In den alten Bundesländern wird die Wohngegend in ländlichen Gebieten seit Jahren zunehmend besser und 1993 am höchsten bewertet. Ostdeutsche sind dagegen in Dörfern in Stadtnähe, in mittleren Städten mit wenig Industrie und in den Vororten der Großstädte mit der Wohngegend am zufriedensten. Die Bewohner von Vorstädten sind zwar noch immer überdurchschnittlich zufrieden mit der Wohngegend, jedoch ist diese Zufriedenheit analog der Zufriedenheit in der Großstadt seit 1990 deutlich gesunken.

Ein wichtiger Faktor für eine überdurchschnittliche ostdeutsche Zufriedenheit mit der Wohngegend scheint eine gewisse Nähe zu Städten zu sein. Ein Grund hierfür könnte die bessere Erreichbarkeit von wichtigen Infrastruktureinrichtungen sein. In den stadtfernen Gebieten sind diese durch die Zentralisierungsbestrebungen der ehemaligen DDR nicht vorhanden.

Stärkere Klage über Umweltbelastungen in den fünf neuen Bundesländern

Auch bei der Frage, über welche Umweltbelastungen sich die Bürger in ihrer unmittelbaren Umgebung beklagen, zeigen sich zwischen Ost- und Westdeutschland große Unterschiede (Tabelle 3). Beschwerden über Umweltbelastungen werden in den fünf neuen Bundesländern häufiger erhoben als in den alten Bundesländern. Dabei stehen Klagen über Lärmbelästigung und Luftverschmutzung mit knapp 30 Prozent in Ostdeutschland, gegenüber 23 beziehungsweise 21 Prozent in Westdeutschland an ersten Stelle. Jeder fünfte Ostdeutsche klagt über die mangelnde Reinheit des Leitungswassers, das für nur 13 Prozent der Westdeutschen ein Problem darstellt. Über einen Mangel an Zugang zu Grünflächen oder freier Natur klagen weniger als 10 Prozent der Westdeutschen, aber 15 Prozent der Bürger in den neuen Bundesländern. Erwartungsgemäß variieren die unmittelbaren Belastungen der Wohnumwelt mit dem Typ des Wohnorts. Der Anteil der betroffenen Bürger steigt mit dem Industrialisierungsgrad und der Größe der Stadt an. Bewohner von Dörfern klagen deutlich seltener über die genannten Umweltbelastungen. Jedoch beanstandet jeder vierte Ostdeutsche, der im Dorf oder der ländlichen Kleinstadt lebt, Lärmbelastungen. 25 Prozent der Einwohner ostdeutscher Dörfer in ländlicher Umgebung klagen über Luftverschmutzung sowie die mangelnde Reinheit des Leitungswassers. Über Lärmbelastungen beklagen sich in den alten Bundesländern 30 Prozent der Bewohner von industriellen Klein-, mittleren und Großstädten. Darüber hinaus zeigt sich jeder dritte Ostdeutsche in industriellen Kleinstädten und Großstädten von Lärmbelastungen betroffen. Mit zunehmender Größe der Städte werden erwartungsgemäß Grünflächen und der Zugang zur freien Natur vermisst. In mittleren Städten mit viel Industrie, sowie in Großstädten beklagen sich in den alten Bundesländern jeder

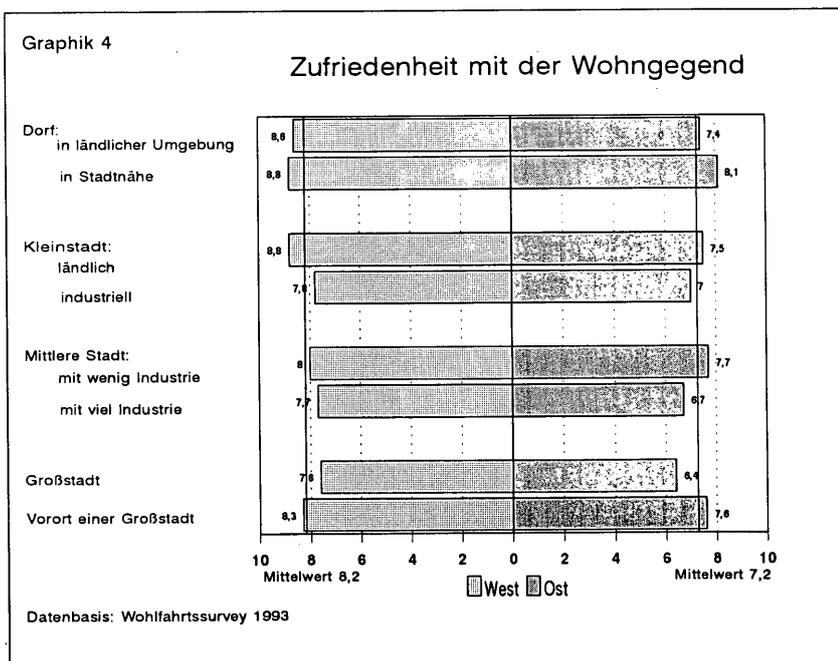


Tabelle 3: Wahrgenommene Umweltbelastungen am Wohnort und Zufriedenheit mit der Wohngegend in Ost- und Westdeutschland

	Es haben Grund zur Klage* über ...				
	Lärm	Luftverschmutzung	Mangel an Grünflächen	Landschaftszerstörung	Leitungswasserreinheit
	in %				
Insgesamt					
West	23	21	9	13	13
Ost	29	28	15	18	21
Dorf in ländlicher Umgebung					
West	11	9	(2)	5	8
Ost	25	26	6	13	24
Dorf in Stadtnähe					
West	20	14	6	7	12
Ost	25	17	(8)	15	15
Ländliche Kleinstadt					
West	14	10	4	12	16
Ost	26	24	12	12	12
Industrielle Kleinstadt					
West	29	30	11	17	16
Ost	34	32	15	20	26
Mittlere Stadt mit wenig Industrie					
West	28	17	(4)	10	13
Ost	25	20	19	23	(13)
Mittlere Stadt mit viel Industrie					
West	31	27	21	16	8
Ost	27	42	(23)	32	14
Großstadt					
West	30	37	17	20	14
Ost	36	36	23	21	27
Vorort einer Großstadt					
West	20	19	(2)	13	17
Ost	(25)	(23)	(6)	(9)	(26)
Durchschnittliche Zufriedenheit mit der Wohngegend					
West	6,8	7,1	6,9	6,9	7,9
Ost	6,4	6,4	5,5	5,9	6,4

* Frage: „Denken Sie einmal an den Ort, wo Sie jetzt leben - ich meine an die unmittelbare Umgebung Ihrer Wohnung. Haben Sie bei den folgenden Dingen, die ich Ihnen gleich vorlese, sehr stark, ziemlich stark, weniger stark oder gar keinen Grund zur Klage?“ Angegeben ist jeweils der Anteil der Befragten, die die Antwortkategorie „Sehr stark“ oder „Ziemlich stark“ wählen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

Anmerkung: Zahlen in Klammer: N ≤ 10

Fünfte und in den neuen Bundesländern fast jeder Vierte über mangelnde Grünflächen. Die Verunreinigung des Leitungswassers wird in deutlich stärkerem Maße als in den alten Bundesländern von jedem fünften Ostdeutschen beanstandet. Diese konkreten Umweltbelastungen, die von der Bevölkerung mit einer zuneh-

menden Sensibilität wahrgenommen werden, beeinflussen die subjektive Wohnqualität. In beiden Teilen Deutschlands zeigt sich, daß Bürger, die über solche Umweltbelastungen klagen, mit ihrer Wohngegend weniger zufrieden sind. Lärmbelästigung und der Mangel an Zugang zu Grünflächen und zu freier Natur

beeinträchtigen, sowohl in West- als auch in Ostdeutschland, die Zufriedenheit mit der Wohngegend am stärksten. Die mangelnde Reinheit des Leitungswassers führt in den neuen Bundesländern deutlich stärker als in Westdeutschland zu einer geringeren Zufriedenheit mit der Wohngegend.

Großer Aufholbedarf der ostdeutschen Defizite

Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen und der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität lassen die regionalen Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich erkennen. Betrachtet wurden zentrale Indikatoren der Wohnbedingungen und der Wohnzufriedenheit. Hierbei sind eklatante Unterschiede bei der Wohnungsversorgung und der Wohnqualität, sowie eine geringere Zufriedenheit der ostdeutschen Bürger mit der Wohnung und der Wohngegend festzustellen. In den alten Bundesländern haben sich die objektiven Wohnbedingungen und die subjektiv wahrgenommene

Wohnqualität über einen langen Zeitraum kontinuierlich verbessert. Die Situation der Wohnbedingungen in den fünf neuen Bundesländern läßt sich mit dem Stand der ehemaligen BRD in den 70'er Jahren vergleichen. Bei der Beurteilung der Wohnqualität spielen jedoch neben den objektiven Wohnbedingungen und den Wünschen der Bürger auch Vergleichsprozesse eine Rolle. Es bleibt abzuwarten, wie schnell der Transformationsprozeß in Ostdeutschland vorankommt, und ob Defizite bei der Wohnraumversorgung, der Wohnausstattung oder der Wohngegend auch weiterhin durch beispielsweise geringere Mietbelastungen kompensiert werden können.

*Helmut Schröder
(Tel.: 0621/1246-246)*

Projekte standen verschiedene Aktivitäten der Sektion im Jahr 1994 zur Diskussion. Das endgültige Programm der Tagung über „Wandel der Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland - Ungleichheit und Angleichung“ in Berlin unter der Leitung der Sektion Sozialindikatoren in Zusammenarbeit mit der KSPW sowie der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) wurde vorgestellt. Die Working Group „Social Indicators“ der International Sociological Association (ISA) wird sich auf dem Weltkongreß für Soziologie in Bielefeld mit einem umfangreichen Programm zur Thematik „Directions of Social Change and Quality of Life“ beteiligen. Darüber hinaus wurde in einem kurzen Ausblick auf das Jahr 1995 über den Beitrag der Sektion zum Soziologentag in Halle diskutiert.

*Helmut Schröder
(Tel.: 06 21/12 46-246)*

Jahrestagung der Sektion Sozialindikatoren 1993

Am 11. November 1993 fand die Jahrestagung der Sektion „Sozialindikatoren“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie auf Einladung des Amtsleiters Wolfgang Bick im Frankfurter Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen statt. Der Sektionssprecher Wolfgang Glatzer (Frankfurt) begrüßte die 25 Teilnehmer und informierte über Aktivitäten der Sektion. Wolfgang Glatzer berichtete kurz über die letzte Sektionsveranstaltung auf dem Düsseldorfer Soziologentag, und wies besonders auf den inzwischen erschienenen Tagungsband mit dem Titel „Einstellungen und Lebensbedingungen in Europa“ hin.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen verschiedene Berichte über laufende Forschungsvorhaben. Zunächst referierte Ferdinand Böltken (Bonn) über den Stand der laufenden Raumbewertung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR), die sich auf Unterschiede in den regionalen Lebensverhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland konzentriert. Wolfgang Meyer (Chemnitz) stellte das Projekt „Private Lebensführung“ der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) vor. Hierzu wurden 7 Regionen in den fünf neuen Bundesländern ausgewählt, für die ein umfassendes regionales Berichtswesen aufgebaut werden soll. Die

Statistik des Haushaltsbudgets war Gegenstand des Vortrags von Margot Münichs (Berlin). Die Datengrundlage bildete eine in der ehemaligen DDR und in den neuen Bundesländern regelmäßig durchgeführte Erhebung, die entsprechend der Statistikanpassungsverordnung Ende 1992 eingestellt wurde.

Heinz-Herbert Noll (Mannheim) und Roland Habich (Berlin) berichteten über das DFG-Projekt „Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland - Wohlfahrtssurvey 1993“ und stellten erste Ergebnisse dieses bisher sechsten Wohlfahrtssurveys vor. Jürgen Schupp (Berlin) informierte über den aktuellen Stand und die zukünftigen Planungen des Sozioökonomischen Panels, das seit 1984 jährlich durchgeführt wird und sich inzwischen in der 10. Welle befindet.

Brigitte Steinert und Angelika Schade (Frankfurt) referierten über das Projekt „Bildungsindikatoren und Bildungsberichterstattung“, das eine Systematisierung von Bildungsinformationen für den internationalen Vergleich zum Ziel hat. Im abschließenden Vortrag von Peter Bartelheimer und Thomas von Freyberg (Frankfurt) wurde über Möglichkeiten und Probleme der kommunalen Armutsberichterstattung am Beispiel der Stadt Frankfurt berichtet.

Neben diesen Berichten über laufende

Where We Stand

- Ein informatives Bilderbuch -

„Where We Stand“ gehört nicht zum Genre der herkömmlichen Social Reports, wie sie in vielen Ländern, von Regierungen, Statistischen Ämtern, Sozialwissenschaftlern oder auch supranationalen Organisationen publiziert werden. „Where We Stand“ ist eine Publikation der Journalisten Michael Wolff, Peter Rutten und Albert F. Bayers III, die es sich zum Ziel gesetzt haben, mit einer Fülle von knapp kommentierten international vergleichenden Schaubildern und Graphiken eine Standortbestimmung der USA im Kreis der „country club nations“, der Mitgliedsländer der OECD, vorzunehmen. Die Antwort auf die Frage „Can America make it in the Global Race for Wealth, Health, and Happiness?“ ist für viele Amerikaner heute keineswegs mehr so selbstverständlich wie sie es einmal war. „For many of us“ - so heißt es im Vorwort - „there exists the unnerving possibility that our lives might be richer and better if our immigrant grandparents had stayed where they were born“.

Die Autoren nennen ihr Buch ein Bilderbuch, weil sie bei der Standortbestim-

mung auf die visuelle Aufbereitung empirischer Daten unterschiedlichster Herkunft setzen. In der Sache geht es bei dem Vergleich um die verschiedensten Aspekte der sozialen und ökonomischen Lage der Bevölkerung und deren Lebensqualität, um Lebensstile und allgemeine Charakteristika der Sozialstruktur. Es sollen nicht nur Erfolge und Mißerfolge der verglichenen Nationen, sondern auch Merkmale ihres Charakters abgebildet werden.

Das alles in allem rund 350 Seiten starke Buch gliedert sich in sieben Kapitel. Wer im Kreis von 22 OECD-Ländern sind „The Wealthiest“, „The Smartest“, „The Healthiest“, „The Busiest“, „The Freest“,

„The Best Lovers“ und wer hat „The Best Home“? Das sind die zentralen Fragen, um die es hier geht. Die Vielzahl der präsentierten Einzelbefunde werden für jeden der untersuchten Lebensbereiche zu einem „Where-We-Stand-Index“ zusammengefaßt, der so konstruiert ist, daß er jeweils Werte zwischen 0 und 2000 annehmen kann. Gemessen an den sich daraus ergebenden Rangordnungen schneidet Deutschland, das hier zumeist noch mit der Bundesrepublik in ihren ehemaligen Grenzen identisch ist, in diesem Vergleich außerordentlich gut ab: In drei von sieben Bereichen - Wohlstand, Bildung und Arbeit - belegt es den Spitzenplatz, und in einem Fall - dem Liebes-

leben - landet es wohl eher überraschend hinter den Niederlanden auf Rang zwei. Wesentlich schlechter schneidet die Bundesrepublik in drei weiteren Bereichen ab. Bei der Bewertung der Wohnumwelt erreicht es mit dem elften Rang immerhin noch einen Mittelplatz, weit hinter Japan, Österreich und der Schweiz, die diesbezüglich auf den ersten Plätzen liegen. In der Bewertung der bürgerlichen Freiheiten erreicht Deutschland nur den 16. Platz. An der Spitze liegt hier Australien vor den Niederlanden und Finnland. Noch schlechter mit Rang 18 schneiden die Deutschen bei der Gesundheit ab. An der Spitze rangieren hier Japan und Schweden. Eher ernüchternd sind die Platzierungen für die USA, um deren Standortbestimmung es in erster Linie geht. Nur in zwei Bereichen - Arbeit und Bildung - erreichen sie einen Platz unter den ersten drei.

Michael Wolff, Peter Rutten, Albert F. Bayers III, and the World Rank Research Team: Where We Stand. Can America Make It in the Global Race for Wealth, Health, and Happiness? Bantam Books: New York et. al. ISBN 0-553-08199-5. Ca 50,- DM.

Heinz-Herbert Noll
(Tel.: 0621/1246-241)

Directions of Societal Development and Perceived Quality of Life

Veranstaltungen der „Working Group Social Indicators“ auf dem Weltkongreß für Soziologie

Vom 18. bis 23. Juli 1994 veranstaltet die International Sociological Association (ISA) ihren XIII. Weltkongreß in Bielefeld. Der Kongreß steht unter dem Motto „Contested Boundaries and Shifting Solidarities“. Im Rahmen des Weltkongresses plant die Working Group Social Indicators insgesamt 14 Einzelveranstaltungen unter dem Generalthema „Directions of Societal Development and Perceived Quality of Life“. Die Themen der einzelnen Sitzungen sind:

- **Directions of Societal Development in Western Countries**
(Heinz-Herbert Noll, Mannheim u. Simon Langlois, Quebec)
- **Directions of Societal Development in Third World Countries**
(Richard W. Estes, Philadelphia u. Gabriele Quinti, Rome)
- **Directions of Societal Development in Asia and Australia**
(Bruce Heady, Melbourne)
- **Directions of Societal Development in East European Countries**
(Rudolf Andorka, Budapest)
- **Democratic Transitions and the Quality of Citizens' Life**
(Doh C. Shin, Springfield)
- **Quality of Life in Transnational Comparisons**
(Ruut Veenhoven, Rotterdam)
- **The Quality of Life of Women**
(Annemette Sörensen, Berlin u. Meilute Taljunaite, Vilnius)
- **The Quality of Life of Children, Youth and Elderly People**
(Abbott L. Ferris, Atlanta)
- **Theoretical and Methodological Problems of Social Indicators**
(Joachim Vogel, Stockholm u. Bam Dev Sharda, Salt Lake City)

Die verantwortlichen Organisatoren der einzelnen Veranstaltungen sind jeweils in Klammern aufgeführt.

Interessenten wenden sich an:
Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Im Rothkopf 8, 61440 Oberursel

Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.
ZUMA ist Mitglied der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) e.V.

Abteilung Soziale Indikatoren
Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon: (06 21) 12 64 - 0
Telefax: (06 21) 12 46 - 100

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion:

Stefan Weick, Caroline Kramer

Satz und Druck:

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt / Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck; Beleg erbeten
ISSN 0935-218X